VOR DER GRÜNDUNG DES JUDENSTAATES

VON

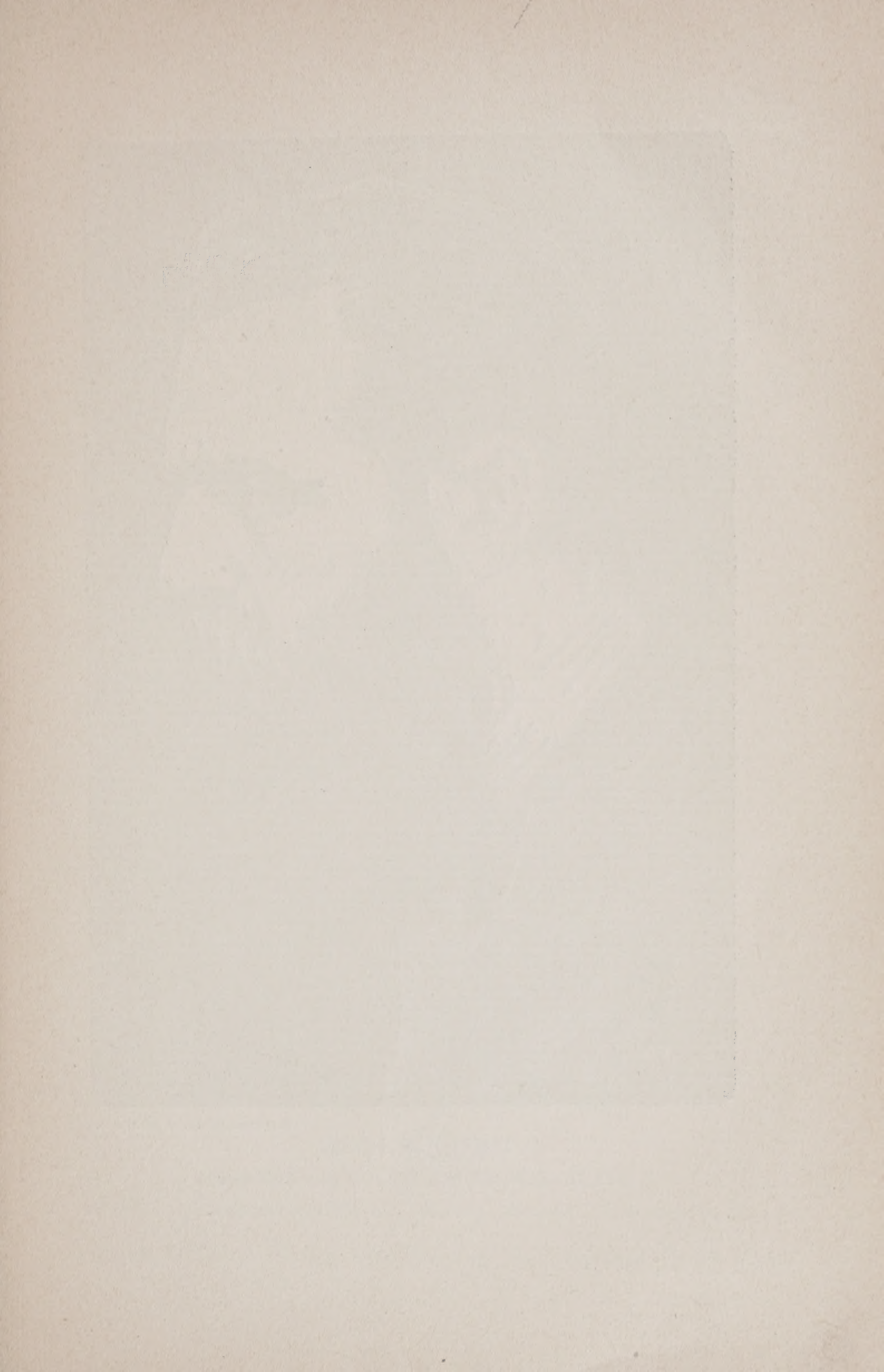
LAZAR FELIX PINKUS

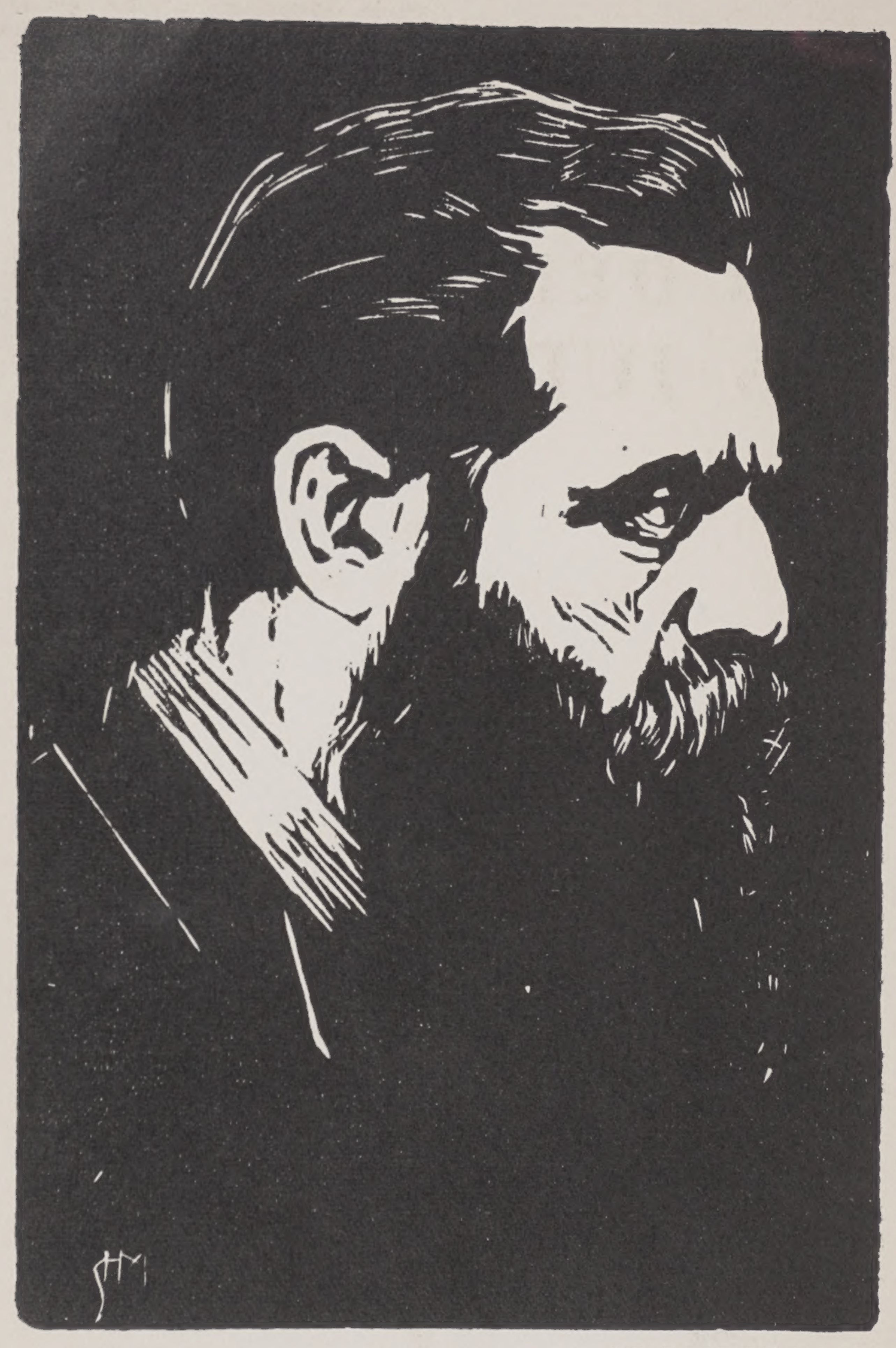
Dr. phil.



Zürich 1918 / Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli







Nach einem Holzschnitt von S. MOHR.

THEODOR HERZL

DER BEGRÜNDER DES POLITISCHEN ZIONISMUS

„Der Zionismus erstrebt die Schaffung einer *öffentlich-rechtlich* gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina."

Programm der Zionistischen Organisation beschlossen vom I. Zionistenkongress in Basel im Jahre 1897

VOR DER GRÜNDUNG DES JUDENSTAATES

VON

LAZAR FELIX PINKUS

Dr. phil.

אם אשכחך ירושלים תשכח ימיני



Zürich 1918 / Druck und Verlag Art. Institut Orell Füssli

„Niemand ist stark oder reich genug, um ein Volk von einem Wohnort nach einem andern zu versetzen. Das vermag nur die Idee. Die Staatsidee hat wohl eine solche Gewalt. Die Juden haben die ganze Nacht ihrer Geschichte hindurch nicht aufgehört, diesen königlichen Traum zu träumen. „Uebers Jahr in Jerusalem“ ist unser altes Wort. Nun handelt es sich darum, zu zeigen, dass aus dem Traum ein tagheller Gedanke werden kann.“

Zitat aus Herzl's Judenstaat.

ENTWICKLUNG UND ENTSCHEIDUNG

Zur Lage der Juden vor und nach Kriegsausbruch. — Der Zionismus bei Kriegsbeginn. — Eine jüdische Legion. — Das „Zion Mule Corps“. — Die Haltung Englands. — Die britische Armee vor den Toren Palästinas. — Der Siegeszug des zionistischen Gedankens in den Ententeländern. - Die Forderungen des jüdischen Volkes. — Nahum Sokolows diplomatische Mission. — Frankreichs und Italiens Haltung. — Der Sieg der Zionisten in England. — Lord Rothschild. — Das Echo aus Amerika. — Botschafter Henri Morgenthau. — Amerikanische Staatsmänner für den Zionismus. — Die Haltung Russlands. — Die russische Revolution und der Zionismus. — Die Stellungnahme der internationalen Sozialdemokratie. — Der Heilige Stuhl. — Stellung der Zentralmächte. — Politik der deutschen Zionisten. — Max Nordau's Forderungen. — Verleugnung des Basler Programms. — Zionismus und deutsche Orientpolitik. - Iiddisch als „Handelspolitisches Argument“. Die zionistischen Aktivisten. — Vormarsch der britischen Armee in Palästina. — Die Stunde der Entscheidung. — Erklärung der britischen Regierung.

Der Siegeszug der französischen Fahnen bei Beginn des 19. Jahrhunderts sprengte mit einem Schlage die Ghettotore, hinter denen die Staaten des zentralen Europas ihre Juden immer noch verschlossen hielten. Hatten die grossen Ideen der französischen Revolution die Debatte über die Emanzipation der Juden eröffnet, so wurde doch die jüdische Gleichberechtigung erst durch das Erscheinen Napoleons auf dem rechten Ufer des deutschen Rheins namhaft gefördert. Das ganze 19. Jahrhundert war dann der Diskussion der Emanzipierungsfrage gewidmet, ohne sie zu einem befriedigenden Schlusse zu bringen. Die Juden Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie hatten wohl die gesetzliche Gleichberechtigung zugesichert erhalten, aber diese beschränkte sich lediglich auf ihre formal-rechtliche Bedeutung, während im gesellschaftlichen Leben und namentlich auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung der Jude noch immer

Bürger zweiter Klasse ist. Im Osten Europas aber lebten die Millionenmassen des jüdischen Volkes nach wie vor in fast völliger Rechtlosigkeit. Nur England, Frankreich und Italien hatten jener Forderung der Humanität und politischen Klugheit entsprochen und die Gleichberechtigung der Juden vollständig durchgeführt.

Man kann sich daher unschwer die Geistesverwirrung erklären, in die viele, sehr viele Juden während des jetzigen Krieges geraten mussten, als sie im Anfang zwei dieser Mächte und später alle drei Mächte an der Seite des zaristischen, judenmörderischen Russlands sahen.

Nur wem die engeren Zusammenhänge auf dem Gebiete der Judenfrage nicht verborgen geblieben waren, der erkannte, dass der eigentliche Gegner des jüdischen Volkes auf der anderen Seite gesucht werden musste; dort, wo der Antisemitismus seine pseudowissenschaftliche, aber desto systematischere Ausbildung erfahren hatte.

Die Entwicklung des jüdischen Problems während des gegenwärtigen Krieges bewies dann klar und deutlich, von welcher Seite das Heil auch für die jüdische Nation kommen sollte. Der von den Alliierten formulierte Grundsatz vom Rechte der kleinen Völker und Nationen, zeigte sich schliesslich auch hoch bedeutsam für die Frage der weiteren Existenz des jüdischen Volkes.

In den ersten Kriegsjahren freilich wuchs die Sorge um die Existenz der jüdischen Nation. Die Kriegsfurie raste mit verheerender Grausamkeit gerade in jenen Gebieten, in denen die Massen der Juden wohnten. Polen, Lithauen, Galizien und die Bukowina waren erfüllt von dem Gestöhn und Jammer hingemordeter jüdischer Männer, Frauen und Kinder. Und noch einmal flackerte die Grausamkeit des russischen Zarismus entsetzlich auf, als sie Viehherden gleich, Massen von Juden in das Innere von Russland trieb und oft genug noch der leidenlindernden Wohltätigkeit gewaltsam den Weg versperrte.

Während aber Westeuropa von allen diesen herzzerreissenden Tatsachen nur ungern Kenntnis nahm und sein Herz aus politischen Gründen dem Mitleid über ein anscheinend zum Tode verurteiltes Volk verschloss, sammelte sich jenseits des Ozeans, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die gesamte Judenheit unter der Fahne der jüdischen Humanität und bekundete so vor aller Welt die grosse Lehre von der Solidarität des jüdischen Volkes.

Gleichzeitig aber tagte es im Osten. Der Eintritt der Türkei in den Krieg brachte die schon an sich labilen Verhältnisse im nahen Orient vollends ins Schwanken. Mit einem Schlage rückte das jüdische Stammland Palästina in den Vordergrund des europäischen In-

teresses und jene Bewegung, der politische Zionismus, der seit dem ersten Kongress in Basel im Jahre 1897 unablässig für die Wiederauferstehung des jüdischen Volkes in Palästina gewirkt hatte, wurde zum europäischen Diskussionsproblem.

* * *

Die zionistische Bewegung hatte als vielleicht einzige interstaatliche Organisationsform den Zusammenhang unter ihren einzelnen Gliedern während des Weltkrieges niemals völlig verloren. Trotz des unheilvollen, schweren Fehlers, den die Leitung der zionistischen Organisation begangen hatte, dass sie nicht sofort bei Ausbruch des Weltkrieges ihren Sitz in ein neutrales Land verlegte, war es doch gelungen, die Arbeitsfähigkeit der Organisation zu erhalten. Namentlich die Tätigkeit des jüdischen Nationalfonds, der als eine in England legalisierte Institution sein Hauptbureau gleich zu Kriegsbeginn von Köln nach dem Haag verlegte, musste keinen Augenblick seine Arbeit unterbrechen. Und es zeigte sich, dass seine Einnahmen nicht nur nicht abnahmen, sondern auch jene wunderbare Erscheinung, dass ihm beispielsweise von Deutschland aus die meisten Beiträge aus den Schützengräben von den jüdischen Soldaten zugingen. Die propagandistische Tätigkeit des Zionismus litt allerdings ganz ausserordentlich unter dem Umstand, dass der nominelle Sitz der Leitung, das engere Aktionskomitee, in Berlin verblieben war, zumal durch gewisse Handlungen einzelner Mitglieder dieses Komitees der Anschein erweckt worden war, als ob die Richtlinien des Zionismus sich mit den Zielen deutscher Orientpolitik deckten. Die unausbleibliche Folge davon war das Hervortreten scharfer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der zionistischen Organisation, die zu einer Spaltung der Partei zu führen drohten, als *Wladimir Jabotinsky*, der Führer der zionistischen Aktivisten nach Kriegseintritt der Türkei das Losungswort: ,,Schaffung einer jüdischen Legion an der Seite Englands zur Eroberung Palästinas“ ausgab.

Die sinnlosen Juden- und speziell Zionistenverfolgungen des türkischen Heerführers *Djemal Pascha* hatten diesem Gedanken in weiten Zionistenkreisen einen günstigen Boden bereitet. Die Idee selbst kam jedoch nicht zur Ausführung, weil die führenden Zionisten sich mit wenigen Ausnahmen ablehnend verhielten, wohl weil sie fürchteten, dass die Schaffung einer jüdischen Legion die Spaltung des jüdischen Volkes in zwei Lager herbeiführen und ausserdem die Lage der jüdischen Siedlungen in Palästina vollends unhaltbar

gestalten würde. Die Verhältnisse brachten es jedoch mit sich, dass wenigstens ein Bruchteil des Legionsgedankens Realisation fand.

Von einem Teil der jungen Juden, die türkische Grausamkeit aus dem Lande ihrer Väter getrieben hatte, wurde in Alexandrien (Ägypten) eine kleine Einheit gebildet, die unter dem Namen Zion Mule Corps bestimmt wurde, den auf Gallipoli kämpfenden alliierten Truppen Hilfsdienste zu leisten. Diesen jungen Juden, die unter dem Befehl des Colonel *Patterson* standen, und die mehrmals Gelegenheit fanden, in der vordersten Kampflinie auch von ihren Waffen Gebrauch zu machen, gebührt das Verdienst, als erste die zionistische Frage im englisch sprechenden Kulturkreis populär gemacht zu haben. Die Tatsache, dass auf Gallipoli eine eigene jüdisch-nationale Einheit mit jüdischem Abzeichen (Mogen Dovid, Davidstern) mitkämpfte, durchlief wie ein Lauffeuer die englische Presse. Und als dann später das grosse Buch von Colonel *Patterson* erschien „*With the Zionists in Gallipoli*“ bekannte sich Lord *Cromer* in einer Besprechung dieses Werkes in der grossen englischen Wochenschrift „Spectator“ öffentlich zum Zionismus, dessen Ziele er durchaus billigte. Schon vorher, im Januar 1915 hatte Sir *Edward Grey*, damals noch Staatssekretär des Äussern, erklärt, er halte es keineswegs für ausgeschlossen, dass der Judenstaat wieder errichtet werde.

Mittlerweile wurde in England eine rege politische Tätigkeit für den Zionismus entfaltet. Der englische Zionistenführer Dr. *Ch. Weizmann* wirkte im Verein mit dem nach London übergesiedelten Mitglied des engeren Aktionskomitees NAHUM SOKOLOW unermüdlich, um die Öffentlichkeit für den zionistischen Gedanken zu gewinnen und fand hierbei volles Verständnis bei der britischen Regierung, die auch die damals leider immer noch erfolglose Propagandatätigkeit des schon genannten russisch-jüdischen Journalisten *Jabotinsky* für die jüdische Legion gewähren liess. Auch die militärischen Kreise Grossbritanniens stellten sich dem Gedanken eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina ausserordentlich günstig gegenüber. So äusserte sich der damalige Oberbefehlshaber der palästinensischen Armee Sir *Archibald Murray*: „Der neue jüdische Staat unter englischem oder französischem Protektorat werde das Kulturzentrum für die Juden der ganzen Welt werden.“

Besonders eindringlich wurde die Diskussion in der englischen Presse, als die britische Armee nach der Eroberung von El-Arisch im Anfang des Jahres 1917 vor Tel-Rafah, dem ersten palästinensischen Grenzort erschien. Mit tiefem Schmerze empfanden es jetzt tausende von Angehörigen der zionistischen Organisation, dass an

der Offensive zur Befreiung Palästinas vom türkischen Joch nicht auch jüdische Truppeneinheiten teilnahmen. Nichtsdestoweniger begann nun der Siegeszug des zionistischen Gedankens in den Ländern der Entente, namentlich aber in England. Im Februar 1917 konnte der zum Präsidenten der englischen zionistischen Federation gewählte Dr. *Weizmann* bei der Jahresversammlung derselben erklären, dass die zionistische Idee niemals so nahe vor ihrer Verwirklichung stand, wie im gegenwärtigen Moment. Im Mai desselben Jahres verlautete es, die nach den Vereinigten Staaten entsandte britische Kommission habe in ihrem Diskussionsprogramm auch die Frage der Errichtung eines autonomen jüdischen Gemeinwesens in Palästina. Und diese Meldung gewann an Wahrscheinlichkeit durch die Unterredung des kanadischen Zionistenführers *Clarence de Sola* mit *J. A. Balfour*, der als Mitglied der genannten Kommission in Amerika weilte. Bemerkenswert war auch das Telegramm, das Lord *Northcliff* an das „Jewish Morning Journal“ in New York sandte: „Ich sympathisiere mit der Wiederherstellung des alten jüdischen Vaterlandes.“

Den Standpunkt der zionistischen Bewegung hatte unterdessen der Zionistenführer *Nahum Sokolow*, der heute zweifellos als einer der ersten Repräsentanten der zionistischen Organisation zu betrachten ist, in aller Klarheit in einer Rede in der North London Zionist Society am 4. März 1917 dargelegt. Er hatte deutlich die Bestrebungen des Zionismus mit denen des jüdischen Volkes identifiziert, indem er ausführte, die zionistische Bewegung unterstützen heisst der jüdischen Sache dienen. Von allgemein politischem Interesse aber war jene Stelle in seiner Rede, in der er sagte: „Auch die Interessen Englands im nahen Orient, stehen mit den Zielen des Zionismus im Einklang. Kein Staat der Welt ist so liberal und tolerant gegenüber den nationalen Bestrebungen seiner Völker wie England. England hat Interessen in Ägypten und im Mittelmeergebiet, die durch eine friedliche Entwicklung in Palästina nur gefördert werden können. Diese kann durch die Juden herbeigeführt werden, die auf diese Weise einen Herd gefährlicher internationaler Gegensätze aus der Welt schaffen würden. Dies wurde auch in der Vergangenheit bereits als möglich angesehen und schon Sir Moses Montefiore sprach von „einem Heim für das jüdische Volk in Palästina“.

Der Wortlaut dieser Ausführungen, sowie die schon vorher erwähnte Erklärung von Dr. *Weizmann* auf der Jahresversammlung der englischen Zionisten, wird in das rechte Licht erst gestellt, wenn man weiss, dass am 7. Februar 1917 die ersten offiziellen Unterhandlungen zwischen dem bevollmächtigten Vertreter der englischen

Regierung, Sir *Mark Sykes*, und den zionistischen Delegierten *Sokolow*, *Weizmann*, Rabbiner *Gaster*, *Herbert Samuel*, Lord *Walter Rothschild*, *James Rothschild*, *H. Aacher* und *J. Cowen* eingeleitet worden waren. Die in diesen Verhandlungen niedergelegten zionistischen Forderungen waren wie folgt formuliert:

1. Das Recht des jüdischen Volkes auf Palästina muss in internationalem Sinn anerkannt werden.
2. Die jüdische Bevölkerung Palästinas muss als eine Nation im staatlich-rechtlichen Sinn anerkannt werden, weitgehende Selbstverwaltung, das Recht der Sprache und der Ausschreibung von Zwangssteuern müssen festgelegt werden.
3. Einer speziellen jüdischen Gesellschaft muss ein Charter erteilt werden, wie auch das Vorkaufsrecht auf Konzessionen, auf staatlichen und privaten Boden, das Vorrecht auf bestimmte gesellschaftliche Arbeiten, das Recht der freien Einwanderung und verschiedene Begünstigungen bei der Naturalisierung der Einwanderer.
4. Das ganze historische Gebiet Palästinas muss administrativ vereinigt sein.
5. Die heiligen Stätten werden exterritorialisiert.

Die zionistische Leitung in England beschloss, diese jüdischen Forderungen auch den Verbündeten Englands mitzuteilen und entsandte zu diesem Zwecke *Nahum Sokolow* zuerst nach Paris, und von dort nach Rom. Ihm gelang es, die Mitwirkung des Baron *Edmund Rothschild* zu gewinnen, und die führenden jüdischen Persönlichkeiten, die bis dahin der nationaljüdischen Bewegung ablehnend gegenüberstanden, wenigstens so weit zu beeinflussen, dass sie sich den Zielen des Zionismus nicht entgegenstellten.

Wie schon anfangs erwähnt, war in Frankreich recht wenig getan worden, um die öffentliche Meinung über die Forderungen des jüdischen Volkes aufzuklären. Bis in das dritte Kriegsjahr hinein hatte eigentlich nur eine einzige Zeitung den Mut gehabt, für die Interessen der Juden und ihre Ansprüche auf Palästina einzutreten. Es war dies *Gustav Hervé's* „*Victoire*“, damals noch „*Guerre sociale*“ genannt. Schon im Jahre 1915 hatte der unermüdliche Freiheitskämpfer Hervé zionistische Artikel publiziert und sogar eine Karte des neuen Judenstaates. Im Mai 1917 konnte man mit Genugtuung die Sympathieerklärung des Oberrabbiners von Frankreich für den Zionismus registrieren. Bei einem Bankett, das im Juli desselben Jahres die zionistischen Organisationen Londons ihrem Führer

Nahum Sokolow gaben, erklärte dieser, seine Mission habe den gewünschten Erfolg gehabt. Diese Äusserung basierte auf einer Erklärung der französischen Regierung vom 4. Juni 1917, in welcher sie ihrer Sympathie für die Bestrebungen, die jüdische Nation in Palästina wieder aufzurichten, Ausdruck gab. Sie stellte die Bedingung, dass die Unabhängigkeit der heiligen Orte verbürgt werden müsste.

Man wird diese Erklärung der französischen Regierung nicht hoch genug einschätzen können. Frankreich hat seit Jahrhunderten hervorragende materielle, namentlich aber ideelle Interessen im Orient, insbesondere in Syrien. Wenn nun Frankreich trotzdem seine Sympathie mit der Wiederaufrichtung des jüdischen Gemeinwesens in Palästina bezeugt, so resultiert daraus eine Ehrenpflicht der jüdischen Nation für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen eine Form zu finden, in welcher die französischen Interessen notwendige Berücksichtigung finden.

Von nicht weniger Erfolg wie in Frankreich war die diplomatische Mission Sokolows in Italien begleitet. Die italienische Regierung nahm die jüdischen Forderungen bedingungslos an und versprach die Unterstützung derselben auf der Friedenskonferenz. Diese Stellungnahme der italienischen Regierung war eine Frucht der unermüdlichen Arbeit des italienischen Zionistenführers *Felice Ravenna*, Advokat in Ferrara, dessen Tätigkeit es wohl nicht zum wenigsten zuzuschreiben ist, dass ein Kongress aller jüdischen Organisationen Italiens im März 1917 in Rom die Freiheit und die Erleichterung der Kolonisation in Palästina verlangt hatte, wie denn heute der Bund der jüdischen Gemeinden Italiens offiziell die Wahrnehmung der zionistischen Interessen übernommen hat.

Nach dem Ausspruch von *Francesco Severio Nitti*, dem bekannten Nationalökonomen und Politiker und Mitglied der italienischen Kommission in Amerika, würdigen die prominenten Staatsmänner Italiens vollkommen die Berechtigung der zionistischen Aspirationen. Nitti fügte hinzu, dass nach seiner persönlichen Kenntnis auch der König *Viktor Emanuel* selbst reges Interesse für den Zionismus bekunde. Ein anderes Mitglied der nach Amerika entsandten Kommission, der Senator *Guglielmo Marconi* sagte schlicht: „Mein Herz ist mit den Zionisten in ihrem Unternehmen.“

* * *

Unterdessen hat sich in England ein innerjüdisches Ereignis ersten Ranges vollzogen. Am 24. Mai 1917 veröffentlichten nämlich das „*Conjoint Committee*", der „*Board of Deputies of British Jews*" und die „*Anglo-Jewish Association*", in welchen Körperschaften so ziemlich alle dem jüdischen Nationalismus abholden Elemente vereinigt waren, ein Manifest, in dem sie sich energisch dagegen verwahrten, die jüdische Gemeinschaft als eine Nation zu betrachten und behaupteten, das Judentum sei lediglich eine religiöse Gemeinschaft, und die Ansiedlung einer jüdischen Nation in Palästina könnte die in den übrigen Ländern lebenden Juden zu Fremden in ihren verschiedenen Geburtsstaaten stempeln. Die Proklamation schloss mit der Feststellung, dass die Gewährung einer Autonomie an die Juden in Palästina diesen die Möglichkeit geben werde, als Minorität die nichtjüdische Bevölkerung Palästinas zu unterdrücken.

Dieses Manifest, in einem Zeitpunkt erlassen, da Regierungen und leitende Staatsmänner sich mit der jüdischen Palästinafrage befassten und geneigt schienen, dieselbe in günstigem Sinne zu lösen, rief in zionistischen wie in nichtzionistischen Kreisen Englands einen Sturm von Entrüstung hervor. Eine Anzahl hervorragender Mitglieder des Committees erklärten ihren Austritt und die „Times" selbst nahm in einem Artikel „THE FUTURE OF THE JEWS" zu dieser Frage in rein zionistischem Sinne Stellung, indem sie ausführte: „Die Argumentation des Conjoint Committees hat das bedenkliche Gepräge einer Stimmungsbettelei und kann daher nicht im geringsten imponieren. Wir begreifen mit Dr. Weizmann (der in unserer gestrigen Nummer seinen Standpunkt klargelegt hat), dass es „gewissen jüdischen Individuen unangenehm sein mag, dass die Juden eine Nation bilden. Die Existenz der jüdischen Nation ist eine Tatsache und keine Argumentationsfrage."

Der Todesstoss wurde dem Conjoint Committee jedoch durch eine Erklärung Lord *Rothschilds* versetzt, der in einer Zuschrift an die „Times" ausführte:

> „Wir Zionisten vermögen nicht einzusehen, wieso die Errichtung eines autonomen jüdischen Staates unter der Ägide und Protektion der Alliierten, als ein Moment angesehen werden kann, das in irgendeiner Weise die Stellung oder die Loyalität derjenigen Juden gefährden würde, die sich überall identifiziert haben mit den Bürgern der Länder, in denen sie leben."

Mit dieser Erklärung hatte die nationaljüdische Bewegung in Grossbritannien ihren endgültigen Sieg errungen. Der

Zionismus war zur herrschenden Geistesströmung des britischen Judentums geworden.

Das Echo dieses grossen Ereignisses konnte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht ausbleiben. Wie schon anfangs erwähnt, hat die amerikanische Judenheit seit Kriegsbeginn eine führende Stelle auf humanitärem Gebiete eingenommen. Ohne die Millionenspenden der amerikanischen Juden wären Hunderttausende jüdischer Volksangehöriger im Osten Europas dem sicheren Tode preisgegeben worden. Und es wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Vereinigten Staaten bleiben, dass die Regierung der grossen Republik nicht einen Augenblick zögerte, die jüdische Hilfstätigkeit zu unterstützen, was seinen grossartigsten Ausdruck darin fand, dass Präsident Wilson einen Hilfstag für das jüdische Volk offiziell ausschrieb.

Aber damit erschöpfte sich die Tätigkeit der Washingtoner Regierung in keiner Weise. Als die Türkei in den Krieg hineingezogen wurde, weilte als amerikanischer Botschafter der Jude *Henri Morgenthau* in Konstantinopel. Unermüdlich unterstützte er die Bemühungen der Zionisten, den Schutz der jüdischen Kolonien in Palästina betreffend, und seine Regierung anerkannte seine Arbeit, indem sie die jüdischen Flüchtlinge von Jaffa auf ihren eigenen Kriegsschiffen nach Ägypten beförderte.

Eine ganze Legende hat sich um die Tätigkeit dieses hervorragenden Mannes gesponnen, wusste doch die ganze Weltpresse eines schönen Tages davon zu berichten, dass Morgenthau mit der Türkei über den Verkauf Palästinas an die Juden mit Erfolg verhandelt habe. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, dass ohne den amerikanischen Schutz (die deutschen analogen Bemühungen sollen später erläutert werden) Leben und Sicherheit der Juden Palästinas, ja das ganze jüdische Kolonisationswerk in Frage gestellt worden wäre. Wütete doch dazumal noch der schon genannte türkische Heerführer Djemal Pascha im syrischen Armeebezirk, der ausdrücklich gegenüber dem Leiter der jüdischen Kolonie Rosch Pinah, der Jewish Colonisation Association gehörig, Kalvarisky, im September 1915 erklärt hatte, dass er sein Möglichstes tun werde, um den Zionismus in Palästina vollkommen auszurotten. Er hat denn auch in der Verfolgung der Zionisten und der zionistischen Institutionen wirklich sein Möglichstes geleistet. (Interessante Einzelheiten hierüber sind in dem Buche „Mit der türkischen Armee in Palästina", Bern 1917, von Aaron Aaronsohn, Bruder und Mitarbeiter des Leiters der von dem amerikanischen landwirtschaftlichen Staatsdepartement subventionierten Agrikulturversuchsstation, nachzulesen.)

Im Januar 1917 verlangte der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, *William Taft*, in einem Vortrag zu Washington, dass das jüdische Problem auf die Tagesordnung des künftigen Friedenskongresses gestellt werde. Als korrekter Ausdruck der Stimmung in der nordamerikanischen Union mag eine Korrespondenz der englischen „Weekly Dispatch" vom April 1917 wiedergegeben werden, in der es heisst: „Aus sicheren diplomatischen Quellen erfahre ich, dass beinahe alle bedeutenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten entschlossen sind, sofort nach Beendigung des Krieges das zweitausendjährige Ideal des jüdischen Volkes zu verwirklichen und ihm Palästina zurückzugeben." Im Juni 1917 schloss sich dann auch JAKOB SCHIFF, der grosse jüdische Finanzmann, dem Zionismus an.

* * *

Die Stellung des zaristischen Russland zum Zionismus entsprach seiner Gesamthaltung zum jüdischen Volk. Im Januar 1915 führte der Metropolit von Petrograd anlässlich der Wasserweihe aus, das heilige Land müsse unter russischem Protektorat als griechisch orthodoxe Domäne neutralisiert werden.

Dieser Gedankengang dürfte die innersten Wünsche des vom Rasputin-Wahnsinn erfüllten Zarismus ausgedrückt haben. Die russische Revolution vom März 1917 räumte auch mit diesem grotesken Spuk auf. Eine der ersten Handlungen der ersten provisorischen Regierung war die Erklärung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden in Russland. Die russische Revolution erfüllte damit nicht nur eine selbstverständliche Humanitätspflicht, sondern trug auch eine Dankesschuld gegenüber dem jüdischen Volke ab. Haben doch nicht zum wenigsten jene vom früheren deutschen Reichskanzler Bülow „Schnorrer und Verschwörer" genannten jungen russischen Juden und Jüdinnen unter Aufopferung ihres jungen Lebens dazu beigetragen, dass die zaristische Schande von Europas Schild ausgetilgt wurde.

Man hat allen Grund anzunehmen, dass die Regierung LWOFFS wie auch die *Kerenskis* mit den zionistischen Zielen sympathisierte. Zur Begründung hierfür möge dienen, dass Professor MILJUKOFF, Minister in der ersten provisorischen Regierung, im Jahrbuch des „Rjetsch" vom Januar 1917 einen Artikel veröffentlichte, in dem er für ein jüdisches Palästina eintrat.

Die russische Revolution schien das jüdische Problem und damit auch die Palästinafrage in eine neue Situation versetzen zu

wollen. Hatte man doch namentlich in Westeuropa den Zionismus in gänzlicher Verkennung seiner rein nationalen Bestrebungen häufig genug ausschliesslich damit begründet, dass es notwendig sei, für die Judenmassen im Osten ein Abflussbecken zu schaffen. Was lag näher als die Anschauung, dass nach Erklärung der jüdischen Gleichberechtigung in Russland die zionistische Bewegung dort den grössten Teil ihrer Anhänger und damit überhaupt ihre Existenzberechtigung verlieren würde. Gerade das Gegenteil aber trat ein. Unter dem Schutze der jungen russischen Freiheit sammelten sich allerorten in Russland die Zionisten, strömten in die nun von jeder polizeilichen Bedrückung freien Vereine und manifestierten in Massenversammlungen den Wunsch des jüdischen Volkes nach einem eigenen Heim im Lande der Väter. Die westeuropäische philantropische Argumentation des Zionismus war glänzend widerlegt. Die jüdischen Massen in Russland bekundeten feierlich ihre nationale Einheit, und angesichts solcher Kundgebungen musste jeder Zweifel verschwinden, ob die zionistische Idee wirklich dem innersten Wesen der jüdischen Nation entspräche.

Mittlerweile sind ja im weiteren Verlaufe der russischen Revolution noch ausserhalb des Judentums liegende Ereignisse eingetreten, die den Zionismus für die russischen Juden auch als eine ökonomische Notwendigkeit erscheinen lassen. Hat doch die Verarmung der jüdischen Massen seither in grösstem Masstabe eingesetzt und ihre Situation in Russland zu einer volkswirtschaftlich nahezu unhaltbaren gestaltet.

* * *

Die Erkenntnis von der historischen Notwendigkeit des Zionismus drang unter der Einwirkung der Kriegsereignisse auch in der internationalen Sozialdemokratie durch. Vor dem Kriege war es der jüdisch-sozialistischen Arbeiterorganisation „*Poalei Zion*“ nicht gelungen, ihre Anerkennung im Rahmen der sozialistischen Internationale durchzusetzen. Die Deklaration des Rechtes der kleinen Nationen verfehlte aber auch hier schliesslich nicht ihre Wirkung. Die „Poalei Zion“ wurde hauptsächlich dank der unermüdlichen Arbeit ihres Führers *S. Kaplansky* vom internationalen sozialistischen Bureau endlich anerkannt. Im Januar 1917 verlangte dann der „Avanti“ die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina, und im August desselben Jahres erklärte Camille Huysmanns, der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus im Haag, dass er die Gründung eines Judenstaates in Palästina für

wünschenswert und möglich halte. Er glaube sogar an die Möglichkeit, durch Vermittlung Deutschlands mit der Türkei zu einem Übereinkommen zu gelangen, um diese zu veranlassen, Palästina zu einem unabhängigen jüdischen Staate auszurufen. Die internationale sozialistische Stockholmer Konferenz vom Oktober 1917 formulierte schliesslich ihre Ansichten über das Judenproblem in Art. 16 ihrer Postulate wie folgt:

> „Internationale Regelung der Judenfrage. Sicherstellung der Persönlichkeitsrechte. Der Plan der Gründung eines Judenstaates in Palästina soll gefördert werden."

Das Oberhaupt der katholischen Kirche hatte schon vorher seine Zustimmung zum Zionismus ausgesprochen. Im Juni 1917 erklärte der Papst bei einer Unterredung mit *Nahum Sokolow* wörtlich: „Mein Kardinal *Gasparri* hat mich wohl schon über das Wesen des Zionismus unterrichtet, doch begrüsse ich lebhaft die Gelegenheit, aus dem Munde eines berufenen zionistischen Führers nähere Aufklärungen über die Frage zu erhalten." Der Papst führte ferner aus, die Anstrengungen der Juden zur Gründung eines nationalen Heims in Palästina würden von ihm mit Sympathie angesehen. Er erblicke in der Verwirklichung des Zionismus vom Standpunkte der Religion aus keinerlei Hindernisse für die friedliche Entwicklung in Palästina; was die heiligen Stätten anbetreffe, so hoffe er, dass diese Angelegenheit durch ein besonderes Abkommen zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt werde. Hierauf versicherte Nahum Sokolow, die Juden würden den christlichen Stätten und der christlichen Gesinnung die denkbar grösste Hochachtung entgegenbringen. Diese Erklärung nahm der Papst mit Genugtuung entgegen und drückte dem zionistischen Führer die besten Wünsche zur Verwirklichung des zionistischen Programms aus. Der Papst erwähnte dann noch in freundlicher Weise die Absichten Englands in dieser Frage und schloss mit den Worten: „Wir werden gute Nachbarn sein!"

Im Oktober 1917 erläuterte der vatikanische Sekretär *Tedeschini* diesen Ausspruch, indem er ausführte, der Papst sehe in einer Losreissung Palästinas vom ottomanischen Reich keine Verletzung des Prinzips „keine Annexionen". Palästina sei nach der Ansicht Seiner Heiligkeit kein türkisches Territorium und die Loslösung des heiligen Landes von der Türkei könne somit nicht als Eroberung betrachtet werden.

Inmitten des Siegeszuges des zionistischen Gedankens in Westeuropa und Amerika hielten es die Zentralmächte nicht für nötig,

in irgendeiner Weise zu der neugeschaffenen jüdischen Lage Stellung zu nehmen. Während die Regierungen der alliierten Staaten bereits mit offenbarem Wohlwollen der zionistischen Bewegung gegenüberstanden, hatte sich die deutsche Regierung nicht einmal aufgerafft, um den Judenverfolgungen seines Verbündeten in Palästina öffentlich Einhalt zu gebieten, ebensowenig wie das deutsche Reich sein mächtiges Veto gegen die letzten Armeniermetzeleien einlegte. Man mag diese Passivität verurteilen, wird aber doch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen müssen, dass die deutsche Regierung gegenüber der von ihr selbst in den Krieg hineingezogenen Türkei in einer ausserordentlich schwierigen Lage sich befand, die sich um so heikler gestaltete, als schliesslich türkische Truppen nach Galizien zur Hilfeleistung herbeigerufen worden waren. Es war schon ausserordentlich viel, dass die deutsche Regierung durch ihren damaligen Botschafter *Wangenheim* in Konstantinopel gewisse Schritte der Berliner zionistischen Leitung zum Schutze der jüdischen Kolonien in Palästina guthiess. In welchem Masse die Bestrebungen Wangenheims Erfolg hatten und wieviel hierbei auf das Konto des amerikanischen Botschafters Morgenthau zu setzen ist, wird freilich erst in späterer Zeit festgestellt werden können. Auffällig war es immerhin, dass beispielsweise der deutsche Konsul in Jaffa tatenlos, ja, so berichten Augenzeugen, mit offensichtlicher Genugtuung der Vertreibung der Juden aus Jaffa persönlich beiwohnte. Im ganzen aber muss doch anerkannt werden, dass monate,- sogar jahrelang, die zionistischen Institutionen in Palästina mit der zionistischen Leitung in Berlin vermittelst des auswärtigen Amtes verkehren konnten. Freilich, von dieser rein technischen Hilfeleistung bis zur offiziellen Unterstützung der zionistischen Bestrebungen war noch ein grosser Schritt, den eben die deutsche Regierung nicht wagte.

Es muss leider gesagt werden, dass an dieser bedauerlichen Haltung der deutschen Reichsbehörden die in Berlin wohnenden Mitglieder des Engeren Aktions-Komitees der Zionistischen Bewegung mit die grösste Schuld tragen. In gänzlicher Verkennung der Kriegslage und in der sicheren Erwartung eines schnellen deutschen Sieges hatten es diese Herren nicht für nötig gehalten, wie schon erwähnt, bei Ausbruch des Krieges den Sitz der Leitung der zionistischen Organisation in ein neutrales Land zu verlegen. Eine ganz ausserordentliche Unterschätzung der moralischen Macht des zionistischen Gedankens mag sie, die gewöhnt waren, in der Luft deutscher „Realpolitik“ zu atmen, in diesem Entschluss bestärkt haben. Dazu kam, dass sie selbst von jener Geistesverfassung ergriffen waren,

jenem Wahn, der in diesem Krieg einen Rachefeldzug gegen den judenmörderischen Zarismus erblickte. Die Kriegspsychose einiger führender Zionisten in Deutschland ging so weit, dass sie sich nicht scheuten, die deutsche Propaganda im neutralen Ausland aktiv zu unterstützen und die Juden in Polen durch einen geradezu verbrecherischen Aufruf als Verbündete Deutschlands gegen den russischen Absolutismus zu reklamieren.

Mit dieser Stellungnahme banden sich die leitenden Zionisten in Deutschland von Anfang an die Hände und verunmöglichten es sich selbst, in späterer Zeit als Mandatäre des gesamten jüdischen Volkes aufzutreten. Die Folge davon war, dass der Zionismus in Deutschland vollständig auf Irrwege geriet und Schritt für Schritt die wichtigsten Forderungen des Programms der Organisation preisgab.

Das zeigte sich in klassischer Weise, als der Altmeister des Zionismus, *Max Nordau,* der intimste Mitarbeiter des grossen Theodor Herzl, des Stifters des politischen Zionismus, im August 1915 die Forderungen des jüdischen Volkes für den Friedenskongress formulierte. Diese Forderungen lauteten:

1. In allen Ländern, wo wir in geringer Zahl leben, volle Rechtsgleichheit für uns, nicht auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit; besteht sie amtlich, so folgt sie sehr bald sozial. Minister, Generäle, hohe Richter, Botschafter werden nicht lange von Salons und Gasthöfen boykottiert, auch wenn deren Tonangeber noch so beschränkt, rückständig und aufgeblasen sind.
2. Überall, wo wir ein ansehnliches, gegliedertes Bevölkerungselement bilden, Anerkennung unserer Nationalität, sofern sie dies wünscht, und Ausdehnung aller politischen und kulturellen Zugeständnisse auf sie, die in dem betreffenden Staate jeder anderen bewussten differenzierten und organisierten Nationalität gemacht wird.
3. Für die Juden, die unter sich national leben und nichts als Juden sein wollen, Palästina, das heisst, das Recht der ungehinderten und unbeschränkten Einwanderung, Bodenerwerbung und Ansiedlung mit innerer Selbstverwaltung unter der Regierung, die in dem Lande die territorialen Hoheitsrechte ausüben wird.

Diese Vorschläge bewegten sich durchaus im Rahmen des Möglichen und brachten den in der jüdischen Bewegung Stehenden eigentlich nichts Überraschendes. Das Neue lag lediglich in der Begründung der Postulate, in welcher Max Nordau die öffentliche Diskussion forderte und verlangte, dass sofort eine Sammlung in Angriff ge-

nommen werde, um die jüdische Vertretung auf der Friedenskonferenz mit ausreichenden Geldmitteln auszustatten. Nicht unbemerkt konnte freilich bleiben, dass der Punkt 3 nicht ausdrücklich von der Türkei als souveräner Macht Palästinas sprach, sondern die Frage, wer Palästina beherrschen sollte, offen liess, d. h. offenbar ebenfalls der Friedenskonferenz zur Entscheidung anheimgab.

Vergleicht man aber den Punkt 3 der Nordau'schen Postulate mit dem Wortlaut des Basler Programms der zionistischen Organisation (aufgestellt am 1. Zionistenkongress zu Basel im Jahre 1897):

„Der Zionismus erstrebt die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina", so wird man nichts in ihnen finden, das irgendwie dem Wortlaut des Programms widerspricht. Heute, wo die auf Seite 6 erwähnten Forderungen des jüdischen Volkes von der zionistischen Organisation allgemein anerkannt sind, wird man sogar sagen müssen, dass die Nordauschen Postulate erheblich hinter diesen zurückbleiben.

Wie aber reagierten die Mitglieder des Engeren Aktions-Komitees in Berlin auf die Nordauschen Vorschläge? Sie versandten teils direkt, teils durch Vermittlung des mittlerweile geschaffenen Kopenhagener Bureaus der zionistischen Organisation Rundschreiben an die zionistischen Vereine in den Zentralstaaten und im neutralen Ausland, in denen sie schlechtweg die Diskussion über die Nordauschen Vorschläge verboten. Sie eröffneten eine wilde Hetze gegen die Anhänger der Jabotinskyschen Gruppe, die unter dem Namen „Aktivisten" eine rege Tätigkeit im Sinne der Nordauschen Postulate entfalteten, wobei die Vertrauensleute der Berliner Leitung vor den niedrigsten Verleumdungen nicht zurückschreckten. Das von dem Sekretär des Kopenhagener zionistischen Bureaus geleitete jüdische Wochenblatt verdächtigte fast in jeder Nummer in niedriger Weise die Gegner der Berliner Leitung; kurz die offiziellen Zionisten in den Zentralstaaten gingen in jener Zeit so weit, dass sie es direkt vermieden, das Basler Programm anzuführen.

Der Zionismus wurde damit von dieser Seite auf einen früheren Punkt der Entwicklung zurückgeschraubt. Während *Theodor Herzl* immer stolz den staatlichen Charakter des zionistischen Gedankens betonte, indem er von der Türkei einen Charter, die Magna Charta, für den Zionismus forderte, und die völkerrechtliche Garantie desselben verlangte, sprachen die führenden deutschen Zionisten nur noch von einem wirtschaftlichen und kulturellen jüdischen Zentrum und von dem Recht der freien Einwanderung nach Palästina.

Der politische Geisteszustand in dieser Phase des deutschen Zionismus wird am besten durch eine Äusserung von Rechtsanwalt Dr. HANTKE, führendem Mitglied des Engeren Aktions-Komitees der Zionistischen Organisation, wohnhaft zu Berlin, charakterisiert, der auf einer Versammlung zionistischer Vertrauenspersonen in Zürich im Februar 1916 in seinem Bericht über die Lage des Zionismus wörtlich folgendes ausführte:

„Für uns Zionisten ist dieser Krieg, der uns gar nichts angeht, nichts weiter als eine Unterbrechung unserer Tätigkeit in Palästina. Nach diesem Kriege werden wir unsere Tätigkeit an dem Punkte wieder aufnehmen, an welchem wir sie im August 1914 unterbrochen haben.“ Und diesem Mann, dessen Verdienste auf organisatorischem und humanitärem Gebiet nicht verkleinert werden sollen, der sich aber durch diesen Ausspruch als völlig benommen von der deutschen Mentalität zeigte, war Jahre hindurch die Leitung der politischen Geschicke der zionistischen Organisation anvertraut! Kein Wunder, dass die zionistische Presse der Zentralstaaten in jenem Zeitpunkt immer und immer wieder die zionistischen Bestrebungen mit den Zielen deutscher Orientpolitik identifizierte, wobei sie — und das war das Gefährliche —hauptsächlich mit der sprachlichen Verwandtschaft zwischen dem Jiddischen und Deutschen argumentierte. Die Zionisten, die sich dieses Argumentes bedienten, ahnten offenbar nicht, dass sie damit den Feinden des Zionismus in den übrigen Ländern ein wertvolles Gegenargument in die Hände spielten. Denn, wenn wirklich durch die Tatsache, dass in der Sprachenverwandtschaft zwischen Jiddisch und Deutsch in Palästina eine Bevorzugung der deutschsprachigen Handelsbeziehungen entstehen könnte, so wäre die natürliche Folge, dass sämtliche Staaten ausser Deutschland gegen die Schaffung eines jüdischen Gemeinwesens in Palästina sein müssten.

Glücklicherweise verhält es sich hiermit aber ganz anders. Die führenden deutschen Zionisten wussten sehr gut — und dadurch gestaltet sich ihre Handlungsweise zu einem Vergehen gegen die jüdischen Volksinteressen —, dass die jiddische Sprache in Palästina so gut wie keine Rolle spielt und mit ausserordentlicher Schnelligkeit dem Hebräischen, der alten Nationalsprache der Juden, weichen muss. Das „handelspolitische Argument“, das wie gewöhnlich in Deutschland in wichtigen Artikeln und wissenschaftlichen Broschüren systematisch ausgebaut wurde, erweist sich als ein Bluff, bei dem man freilich fragen kann, wer eigentlich damit getäuscht werden

sollte, denn die Haltung der deutschen Regierung wurde dadurch um kein Haar freundlicher gegenüber dem Zionismus.

Alle die krampfhaften Bemühungen der Berliner zionistischen Leitung vermochten jedoch nichts gegen die Macht der zionistischen Idee. Die in jiddischer Sprache in Kopenhagen herausgegebene Halbmonatsschrift der zionistischen Aktivisten von M. Grossmann geleitet, übte einen immer stärker werdenden Einfluss auf die führenden Zionisten in den neutralen und Ententeländern aus. Die internationale Bedeutung des zionistischen Problems, das die deutschen führenden Zionisten zu einer einfachen Frage der inneren Politik der Türkei herabmindern wollten, wurde klarer und klarer. Der Eintritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Krieg entzog der Berliner Organisationsleitung einen wichtigen Operationsboden. Mit wehenden Fahnen schwenkten die von ihr beeinflussten jüdischamerikanischen Zeitungen in das Lager der Türkengegner. Die öffentliche Diskussion der Palästinafrage konnte auch in den neutralen Ländern Europas nicht aufgehalten werden. Der Charakter des Basler Programms als internationales Postulat trat immer mehr hervor. Überall wurden Vorbereitungen getroffen, um die Palästinafrage auf der Friedenskonferenz möglichst durch eine jüdische Delegation zur Sprache bringen zu lassen. Ja, die Berliner Leitung sah sich gezwungen, durch das Kopenhagener Bureau Pressbureaus in neutralen Ländern errichten zu lassen, vorerst wohl hauptsächlich, um der erfolgreichen Tätigkeit des zionistisch-aktivistischen JÜDISCHEN KORRESPONDENZ-BUREAUS IM HAAG, das unter der Leitung JAKOB LANDAUS sich nicht nur in der holländischen, sondern bald auch in der ganzen kontinentalen Presse einen hervorragenden Platz erobert hatte, entgegenzuwirken, dann aber, weil sie selbst sich nicht mehr dem Zwangsgebot der öffentlichen zionistischen Meinung entziehen konnte.

Mit andern Worten, die Postulate Max Nordaus, die Ideen der zionistischen Aktivisten hatten sich durchgesetzt, der idealistische Gehalt des Zionismus war gerettet, gegenüber „realpolitischen“ Erwägungen, die der Krieg längst in die Rumpelkammer veralteter Gedanken verwiesen hat.

Den Todesstoss aber erhielt das politische Gedankengebäude der deutsch-zionistischen Leitung durch die russische Revolution. Das letzte fadenscheinige Argument — die Verbindung der Freiheitsstaaten Westeuropas mit dem zaristischen Russland — war der deutsch-zionistischen Argumentation entrissen und ihr damit der letzte, wenn auch schwankende Boden entzogen worden. Immer wankelmütiger wurde die Anhängerschaft der Berliner zionistischen Leitung in den

neutralen Ländern, und mit immer grösserer Spannung verfolgte man die Tätigkeit der zionistischen Führer in England. Als dann die Erfolge der Sokolowschen Mission nach Frankreich und Italien bekannt wurden, in England selbst den jüdischen Antizionisten ihre Führerstellung im jüdischen Leben entrissen wurde, versank Berlin als formeller Sitz der Leitung der zionistischen Organisation in völlige Bedeutungslosigkeit.

Diejenigen, welche immer und immer wieder die Verlegung der Organisationsleitung nach einem neutralen Land gefordert hatten, waren im Recht geblieben. In der Freiheit politischer Entschliessung gehemmt, zur kläglichen Rolle verdammt, statt jüdischer Nationalpolitik innertürkische Politik zu treiben, hatten die Mitglieder des Engeren Aktions-Komitees in Berlin sich selbst der Möglichkeit beraubt, entscheidend auf die Geschicke des jüdischen Volkes einzuwirken.

Und die Entscheidung über das Schicksal des jüdischen Volkes nahte rasch und sicher. Im Herbst 1917 begann der Siegeslauf der englischen Armee in Palästina. Tel-Rafah war, wie erwähnt, schon am Anfang des Jahres erobert worden. Gaza, die alte Philisterstadt, fiel. Rasch bewegte sich das englische Heer auf dem unwegsamen Hügellande Judäas nordwärts. Schon waren die ersten jüdischen Kolonien unter dem sicheren Schutz der britischen Flagge, Hebron, Bethlehem im Besitze Grossbritanniens, und endlich wurde auch Jaffa, die Hafenstadt Judäas, mit dem reichen Kranze der um diese Stadt liegenden jüdischen Kolonien, vom türkischen Joche befreit. Wieder nagte der Schmerz am Herzen der freiheitliebenden Zionisten, dass nicht jüdisch-nationale Truppeneinheiten mittätig waren am Werke der Befreiung. Doch dieses bittere Gefühl wurde gemildert in dem Bewusstsein, dass in England das jüdische Regiment sich bereits formierte (auch der Führer der zionistischen Aktivisten, Jabotinsky, war in dasselbe eingetreten), und so der Tag nahte, da wenigstens der Schutz des Landes den Händen der jüdischen Nation anvertraut wurde.

Die Entwicklung des zionistischen Problems war auf einen Höhepunkt gelangt. Jedermann sah, dass die Stunde der Entscheidung nahe. Nun musste es sich zeigen, ob Grossbritannien wirklich der zionistischen Bewegung Wohlwollen entgegenbrachte.

Am 13. August 1900 hatte *Theodor Herzl*, der unsterblich im Gedächtnis seines Volkes fortleben wird, zu London auf dem IV. Zionistenkongress die Worte ausgesprochen:

„England, das mächtige, freie England, das mit seinem Blick die Welt umspannt, wird uns und unsere Aspirationen verstehen. Mit England als Ausgangspunkt können wir sicher sein, dass die zionistische Idee mächtiger und höher steigen wird als jemals zuvor.“

Hatte des grossen Führers prophetische Gabe nicht zu viel gesagt, war nicht zu viel gewagt worden, als man die Hauptinstitutionen der zionistischen Bewegung, den Nationalfonds, die Jüdische Kolonialbank und ihre Schwesterinstitute unter englische Flagge stellte? Man erinnerte sich, dass die englische Regierung ihre Sympathie für die zionistische Idee schon zweimal bekundet hatte, zweimal hatte sie die zionistische Organisation als die berechtigte Vertreterin der jüdischen Nation anerkannt, indem sie 1902 in Unterhandlungen über die Ansiedlung des El-Arisch-Gebietes trat und 1903 den Zionisten einen Teil der englischen Kolonie Uganda als autonomes Territorium anbot.

Und die britische Regierung krönte diese Sympathie-Erklärungen dadurch, dass sie in der entscheidenden Stunde für das jüdische Volk das erlösende Wort fand. Am 2. November 1917 empfing Lord ROTHSCHILD vom Staatssekretär des Äussern, *Arthur James Balfour*, ein Schreiben folgenden Inhalts:

Ministerium des Äussern
2. November 1917.

Mein lieber Lord Rothschild!

Es ist mir ein grosses Vergnügen, Ihnen namens S. M. Regierung die folgende Sympathie-Erklärung mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett unterbreitet und von ihm gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die grössten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden ist, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina, oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgend einem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, die Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.

Arthur James Balfour.

Mit dieser Freudenbotschaft für das jüdische Volk aber ist der Name Dr. *Chaim Weizmanns* unauflöslich verbunden. „Vier Jahre geduldiger und taktvoller Arbeit — so urteilt *Wladimir Jabotinsky* über das Werk dieses Mannes — brachten ihn in Beziehung zu allen führenden Staatsmännern Englands, und die bedeutendsten Persönlichkeiten dieses Landes sprechen offen von seiner persönlichen Anziehungskraft als einem der wirkungsvollsten Faktoren der zionistischen Propaganda in Grossbritannien."

In der Geschichte des Zionismus wird *Weizmanns* Name dem *Theodor Herzls* an die Seite gestellt werden, denn was des grossen Führers heldenmütiger Geist vorbereitete — den Charter für das jüdische Volk — das wurde durch Weizmanns Tatkraft Erfüllung.

Die Erklärung der britischen Regierung brachte dem Zionismus seinen grössten und entscheidenden Sieg. Er ist heute von England und seinen Verbündeten als politischer Faktor anerkannt, und mit ihm die Ansprüche des jüdischen Volkes auf seine alte Heimat. Man kann die Wirkung der englischen Regierungserklärung nicht besser charakterisieren, als dies von dem deutschen führenden Journalisten *Maximilian Harden* in seiner „*Zukunft*" geschehen ist, der schrieb:

> „Für Millionen armer, für Hunderttausende im Besitzrecht vorgerückter Juden hatte Balfours Ankündigung den hellen Klang erharrter Messiasbotschaft: bleibt der Tag ein aus der Weltgeschichte nie mehr zu tilgender, der Grossbritanniens Entschluss hörte, die ganze Reichsmacht für die Judensache einzusetzen."

IM ZEICHEN DES SIEGES

Bedeutung der britischen Regierungserklärung. — Ein Kommentar zum Wortlaut. — Basler Programm und britische Erklärung. — Die zionistische Organisation, Vertreterin der jüdischen Nation. — Die britische Erklärung im britischen Unterhaus. — Aufnahme der Erklärung beim jüdischen Volk. — Die Adresse der russischen Zionisten. — Haltung der Juden in den Zentralmächten. — Der Eindruck in den von Deutschland und Österreich besetzten Gebieten. — Glückwünsche der Grossen Englands. — Die britische Erklärung und die Weltpresse. - In England. — Die Haltung der französischen Presse. — Widerlegung der Einwände. — Die Erklärung des Ministers Pichon. — In den Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Präsident Wilson und Bundesrichter Brandeis. — Die italienische Presse. — Erklärungen der italienischen Botschafter in Washington und im Haag. — Giornale d'Italia. — Neutrale Stimmen.

Die moralische Tragweite der britischen Regierungserklärung kann nur derjenige völlig ermessen, der die verhängnisvolle Gestaltung der Judenfrage, speziell aber die Entwicklung der zionistischen Bewegung in den letzten zwanzig Jahren, aktiv miterlebt hat. Nach den von glühender Begeisterung getragenen kühnsten Erwartungen, die das Auftreten Theodor Herzls entfachte, dessen beispiellose Energie dem jüdischen Volke wieder eine Art von Parlament in Gestalt des ersten Zionistenkongresses im Jahre 1897 gegeben hatte, war der Zionismus namentlich in den letzten zehn Jahren, seit dem Tode des grossen Führers, zur reinen unpolitischen Kolonisationsbewegung herabgesunken. Die Verleugnung des Basler Programms während des Krieges seitens der vom Kongress 1913 gewählten Parteileitung lag ganz in der Richtung der zionistischen Betätigung vor dem Kriege. Hatte Theodor Herzl in den Tagen der ersten zionistischen Begeisterung mit Recht den Satz aussprechen können, die Zionisten seien die einzigen legitimierten Vertreter des jüdischen Volkes, so war dieser Legitimationsanspruch in der dem Tode Herzls folgenden Periode mehr und mehr verloren gegangen. Die absolute Führerlosigkeit des jüdischen Volkes wurde immer offenbarer, damit aber auch die moralische Rechtlosigkeit der jüdischen Nation und dies in einem solchen Grade, dass dadurch auch die durch die Emanzipation errungene Gleichberechtigung des einzelnen Juden in verschiedenen Ländern bedroht schien. In den Gemütern der national empfindenden Juden stieg unter diesen Umständen immer deutlicher die Erkenntnis auf, dass die individuelle Gleich-

berechtigung niemals restlos erfüllt werden könne, solange das jüdische Volk als solches nicht als gleichberechtigt unter den Völkern anerkannt ist.

Diese Gleichberechtigung mit einem Schlage herbeigeführt zu haben, ist das hohe Verdienst der britischen Regierung, und darauf beruht der moralische Wert der englischen Regierungserklärung.

Wir standen am 2. November 1917 vor der unumstösslichen Tatsache, dass einer der mächtigsten Staaten der Erde das jüdische Volk als Nation anerkannt hatte. Zum erstenmal wurde in einem Regierungsakt formell von dem jüdischen Volk gesprochen.

Gleichzeitig damit aber wurde die Anerkennung der historischen Ansprüche der jüdischen Nation auf Palästina erklärt, und zugleich auch das Recht, die Wiederbesiedelung Palästinas auf nationaler, das heisst auf den Grundlagen der jüdischen Kultur beruhender Basis auszugestalten. Dies alles liegt in den Worten:

> „*His majesty's government vievs with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people.*“

Zugleich aber hören wir, um mit Maximilian Harden zu sprechen, den Entschluss der britischen Regierung, die ganze Reichsmacht zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen. So sind die Worte der Erklärung:

> „*and will use its best endeavours to facilitate the achievement of this object*“

zu deuten.

Der hohe Wert der Erklärung wird dadurch gesteigert, dass in sie bereits bestimmte Bedingungen für die Errichtung der nationalen Heimstätte in Palästina verflochten sind. Freilich handelt es sich hierbei um selbstverständliche Voraussetzungen. Denn niemals hat die zionistische Bewegung je daran gedacht, die religiösen und bürgerlichen Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina anzutasten. Immer wurde darauf hingewiesen, dass es hohe Pflicht des Zionismus sei, in völliger Harmonie mit der arabischen Bevölkerung zu arbeiten. Und man wird an dieser Stelle an das Wort von Theodor Herzl erinnern müssen, dass die Juden die Ehrenwache aller Heiligtümer in Palästina bilden werden. Es gibt keinen Zionisten, der nicht einverstanden ist mit den Worten der Erklärung:

> „*It being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-jewish communities in Palestine*“.

Die britische Regierung ging aber noch einen Schritt weiter. Sie hob ihre Erklärung weit über die Sphäre böswilliger Missdeutung, indem sie ausdrücklich ihren Willen bezeugte, dass auch bei Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina die bürgerliche und politische Gleichberechtigung in den übrigen Ländern gewahrt bleiben muss. Das gehässige Argument christlicher und jüdischer Antisemiten, man sei für das jüdische Palästina, um die Juden aus den übrigen Ländern vertreiben zu können, wurde so mit einer einzigen vornehmen Geste vernichtet. Vom Standpunkt des Judentums aber, das sich seiner kulturellen Wirksamkeit für die zivilisierte Welt bewusst ist, liegt in den Worten:

> (It being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice . . .) „THE RIGHTS AND POLITICAL STATUS ENJOYED BY JEWS IN ANY OTHER COUNTRY."

die höchste Anerkennung. Millionen unterdrückter Juden betrachten nunmehr England als die moralische Schutzmacht des jüdischen Volkes.

Den organisierten Zionisten wird es besonders interessieren, dass der Wortlaut der Erklärung sich eng an die Ausdrücke des Basler Programms: „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk", hält, indem es heisst: „*The establishment in Palestine of a national home for the Jewish people.*" Der Unterschied im Wortlaut, dass für „öffentlich-rechtlich gesichert" das Wort „national" gebraucht wird, ist vom jüdischen Standpunkt durchaus gerechtfertigt, und beugt jener von deutscher Seite bereits vorgebrachten Insinuation vor, als ob England beabsichtige, in Palästina eine Stätte englischer Kultur zu schaffen und die Juden dadurch der Gefahr neuer Assimilation entgegenzuführen. Abgesehen davon aber muss daran erinnert werden, dass die Zionisten selbst auf dem ersten Kongress im Jahre 1897 beabsichtigten von einer nationalen Heimstätte im Programm zu sprechen, dann aber aus politischen Rücksichten der Türkei gegenüber die Formel „öffentlich-rechtlich gesichert" anwandten. Des weiteren deckt sich der Begriff „nationale Autonomie" wie er sich während des Krieges entwickelt hat, heute auch mit der obigen Formel.

Von wesentlicher Bedeutung ist, dass durch die Aufnahme des Wortlautes des Basler Programms in die Formel der britischen Erklärung die Forderung des Zionismus gebilligt wird, wie denn auch die zionistische Organisation als solche seitens der britischen Regierung anerkannt ist. Denn man beachte wohl, dass der Brief des

Staatssekretärs *A. J. Balfour* wohl an Lord *Rothschild* gerichtet ist, aber mit dem Auftrage, „diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Federation zu bringen.“ Damit ist ausdrücklich dargelegt, dass von seiten der britischen Regierung nur die zionistische Organisation als Vertreterin der auf Palästina gerichteten Ansprüche des jüdischen Volkes betrachtet wird. Dieser Umstand soll um so mehr hervorgehoben werden, als, wie wir später sehen werden, von seiten der deutschen und der türkischen Regierung durchaus nicht dieselbe Haltung eingenommen wird.

Es war allen Einsichtigen von Anfang an klar, dass die Regierung Grossbritanniens ihre Erklärung im Einverständnis mit den übrigen Alliierten abgegeben haben musste. Sie war ja auch nur der Endpunkt jener Entwicklung, die mit der diplomatischen Mission *Nahum Sokolows* begonnen hatte, als deren Resultat schon Zustimmungserklärungen seitens der Alliierten Englands, namentlich Frankreichs und Italiens zu verzeichnen waren. Am 19. November fragte dann der Abgeordnete *King* im Unterhause an, ob die Absichten der Regierung in bezug auf Palästina an die Alliierten, speziell an Frankreich, Russland, Italien mitgeteilt worden seien, und ob es ein Kriegsziel der Alliierten oder nur ein britisches Kriegsziel sei, das jüdische Gemeinwesen im heiligen Lande wieder zu errichten. *Balfour* antwortete damals, eine offizielle Mitteilung sei den Alliierten betreffend die Errichtung eines autonomen jüdischen Gemeinwesens in Palästina nicht gemacht worden, aber die Regierung seiner Majestät glaube, dass eine solche Erklärung als Kriegsziel die Billigung der Alliierten finde. Die Regierung seiner Majestät hoffe, dass die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina ein Resultat des jetzigen Krieges sein werde. Am 13. Dezember antwortete dann Balfour auf eine Anfrage des Abgeordneten *Lynch:* „Für den verehrlichen Deputierten ist kein Grund vorhanden zu befürchten, dass unsere Politik in Palästina nicht die Ansicht unserer Alliierten völlig in Betracht ziehe. Die Regierung handelt im völligen Einverständnis mit ihnen.“

* * *

Der Eindruck, welchen die Erklärung der britischen Regierung in der jüdischen Welt hervorrief, war ein ganz ungeheurer. Überall in den Ländern der Entente und in Amerika fanden jüdische Massenversammlungen statt, in welchen Dankresolutionen beschlossen

wurden. Die imposanteste Versammlung war wohl die vom 2. Dezember in London, bei der Lord *Rothschild*, die Oberrabbiner von London, Lord *Robert Cecil*, *Herbert Samuel*, Colonel Sir *Mark Sykes*, *Israel Zangwill* und viele andere sprachen. Als besonders bemerkenswert mag hervorgehoben werden, dass auch ein Vertreter der armenischen Delegation die Glückwünsche der Armenier überbrachte. Der Bericht über diese denkwürdige Versammlung erschien in der gesamten Weltpresse.

Einen Begeisterungssturm sondergleichen erregte die Deklaration unter den amerikanischen Juden, die sich ja schon vorher fast alle auf der zionistischen Seite zusammengefunden hatten. Als charakteristisch für die Haltung der amerikanischen Juden kann die Stellungnahme von *Adolf Kraus* in Chicago, dem Ordenspräsidenten der über die ganze Welt, besonders in Deutschland sehr verbreiteten Bnei Brith Logen, gelten, der ausführte, dass nach der britischen Regierungserklärung sich jeder Jude der zionistischen Sache anschliessen müsste, da niemand im jüdischen Volke etwas gegen die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina haben könne.

Auch in Frankreich und Italien war die Genugtuung unter den Juden nicht minder gross. Die jüdische Presse von Amerika, England, Frankreich und Italien verzeichnet eine ausserordentliche Fülle von Glückwunschtelegrammen an die zionistischen Führer in England und von Zustimmungserklärungen jüdischer Körperschaften und bedeutender Persönlichkeiten. Einen überaus grossen Eindruck aber rief die englische Regierungserklärung unter den russischen Juden hervor. Niemals konnte das russische Judentum bisher solche Tage offener Begeisterung erleben, denn dieses grösste jüdische Ereignis der Neuzeit traf das jüdische Volk in Russland im Genusse der vollsten Freiheit an. Versammlungen über Versammlungen fanden in allen jüdischen Zentren Russlands statt. Eine Deputation des zionistischen Zentralkomitees übergab Sir Robert Buchanan, dem britischen Botschafter in Petrograd, eine Adresse, in welcher der Dank der russischen Zionisten zum Ausdruck kam. Und in ihr finden wir die bemerkenswerten Worte: „Wir schätzen es als eine besonders glückliche Fügung, dass in diesem welthistorischen Augenblick die Interessen der jüdischen Nation mit denen des britischen Volkes identisch sind.“

Auch auf die Juden der Zentralmächte blieb dieses Ereignis nicht ohne Eindruck. Die „Jüdische Rundschau“, das Organ der deutschen Zionisten, schrieb am 16, November: „Diese Erklärung der englischen Regierung ist ein Ereignis von ausserordent-

licher Tragweite. Es ist das erste Mal, dass eine Grossmacht in offizieller Weise zum Zionismus Stellung nimmt. Zum ersten Male wird der Anspruch des jüdischen Volkes auf Erneuerung seines nationalen Daseins in Palästina durch eine europäische Regierung in den Kreis der wichtigen politischen Gegenwartsprobleme emporgehoben und man darf sagen, dass die Anerkennung dieses Anspruchs durch die englische Regierung ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung ist.“ Das Blatt sagt zum Schluss: „Es ist zu wünschen und zu hoffen, dass auch die Mittelmächte und insbesondere die Türkei den gleichen Standpunkt vertreten werden.“

Am 23. November schreibt dieselbe Zeitung: „Der Schritt der englischen Regierung ist ein Ereignis von sehr grosser Tragweite. Es wäre töricht und kleinlich .... wollte man an dem Ernst der englischen Zusicherung zweifeln. Es muss daher in allen ernsten jüdischen Kreisen innerhalb und ausserhalb Deutschlands wirkliche Befriedigung erwecken, dass England sich in so klarer und unzweideutiger Weise zur Anerkennung der jüdischen Ansprüche in Palästina entschlossen hat.“

Das jüdische „Lemberger Tagblatt“ vom 16. November publizierte einen Leitartikel „Der erste diplomatische Sieg des Zionismus“, in dem es ausführte: „Unsere Sympathie für England und seine Judenpolitik beruhen nicht darauf, dass es von der Türkei eine Provinz loszureissen gilt, um sie uns zu übergeben, sondern lediglich auf der blossen Tatsache, dass es als erste europäische Grossmacht dem jüdischen Volke die Hand gereicht hat, um es in die Reihe der selbständigen Völker mit staatlicher Macht wieder aufzunehmen.“

Auch die gesamte nichtzionistische jüdische Presse der Zentralmächte kann nicht umhin, die ausserordentliche Wichtigkeit der britischen Regierungserklärung zu betonen. Je nach ihrer politischen Schattierung verfährt sie dabei so, dass sie entweder von der deutschen Regierung ähnliche Erklärungen fordert, selbstverständlich immer im Rahmen der Souveränitätsrechte der Türkei, oder dass sie die Ehrlichkeit der englischen Absichten bezweifelt. Besonders charakteristisch ist die Haltung der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ Berlin, die von Prof. *Geiger* redigiert, als das führende Organ der Assimilationsjuden Deutschlands gilt. Dieses Blatt schrieb am 7. Dezember: „Das Anwachsen des Zionismus erfüllt uns mit schwerster Sorge. Die Absicht der Engländer, einen zionistischen Staat in Palästina zu errichten, tritt immer deutlicher hervor.“ Prof. Geiger hofft dann darauf, dass die englischen Juden sich hierzu ungünstig stellen würden.

Fasst man die Stellungnahme der jüdischen Presse zusammen, so ergibt sich für die Länder der Entente und die Vereinigten Staaten von Nordamerika rückhaltsloseste Zustimmung zur britischen Regierungserklärung. Die meisten jüdischen Zeitungen besprechen auch die Frage der zukünftigen Souveränität über Palästina, wobei mehrfach als die gegebene Lösung ein englisches Protektorat empfohlen wird. Eine nicht unbedeutende Minderheit spricht sich allerdings auch für ein amerikanisch-englisches Protektorat aus, während eine kleine Minderheit für die gänzliche Unabhängigkeit des neuen jüdischen Gemeinwesens eintritt.

In den Zentralstaaten treten die zionistischen Blätter für eine jüdische Siedlung unter türkischer Oberhoheit ein. Die Mehrheit der nichtzionistischen jüdischen Zeitungen verlangt die Fortsetzung der jüdischen Kolonisationstätigkeit unter Aufhebung der jetzt bestehenden Beschränkungen. Sie sind unter Umständen auch für ein jüdisches Gemeinwesen unter türkischer Oberhoheit zu haben, wobei stillschweigend die deutsche Kontrolle vorausgesetzt wird. Beide Gruppen anerkennen die ausserordentlich hohe Bedeutung der englischen Regierungserklärung. Nur eine ganz kleine Gruppe fanatischer Gegner des Zionismus, die sich als Deutsche jüdischer Konfession fühlen, wüten mit allen möglichen Verdächtigungen gegen England.

* * *

Über die Aufnahme, welche die britische Regierungsdeklaration bei den Juden der von den Zentralmächten besetzten Gebieten gefunden hat, sind wir nur mangelhaft unterrichtet. Aber die spärlichen Nachrichten, die auf indirektem Wege aus Polen, speziell aus Warschau zu uns gelangt sind, zeigen, dass der Enthusiasmus dort nicht minder gross war wie anderswo. Das Organ der polnischen Zionisten ,,Das jüdische Volk" (Warschau) verlangte energisch, dass nunmehr auch von den Zentralmächten und der Türkei eine befriedigende Erklärung abgegeben würde. Ein ausführlicher Bericht liegt von einem Augenzeugen aus dem von Deutschland und Österreich besetzten Teile Rumäniens vor. Sehr spät, erst Ende November, war die Nachricht von der britischen Erklärung nach dort gedrungen. Die in Rumänien erscheinenden Zeitungen durften nichts darüber publizieren und erst durch eine ausnahmsweise nach Bukarest gelangte Nummer der ,,Jüdischen Rundschau" wurde die dortige Judenheit von dem grossen Ereignis benachrichtigt.

Wie ein Lauffeuer drang die frohe Kunde in alle Judengemeinden. Mit Tränen in den Augen umarmten sich die unterdrückten Juden auf offener Strasse und überall in den Synagogen hörte man das Wort „Das ist Gottes Fügung."

* * *

Es ist unmöglich, alle die Persönlichkeiten aufzuzählen, die in England ihre freudige Genugtuung über die Entscheidung der britischen Regierung Ausdruck gaben. Die bedeutendsten Bischöfe der englischen Hochkirche figurieren unter ihnen, und es soll besonders hervorgehoben werden, dass der Bischof von Norwich die zionistische Föderation in hebräischer Sprache mit folgenden Worten begrüsste: „Boruch Adona Elauhim Elauhé Jisroël Osseh Niphlo — aus Lewado." „Gesegnet seist Du, o Herr, Gott Israels, der Du allein Wunder vollbringst." Auch sieben katholische Bischöfe sandten Glückwünsche. Von sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten mögen folgende angeführt werden: Lord *Balfour of Burleigh*, Lord *Lansdowne*, Viscount *Bryce*, Lord *Robert Cecil*, Marquess *of Crewe*, Viscount *Grey*, *Arthur Henderson*, Sir *Alfred Mond*, Lord *Sheffield*, *Earl Spencer*; von Parlamentsmitgliedern unter andern: Captain *W. Wedgwood-Benn*, Lord *Hugh Cecil*, Lieut. Colonel Sir *Hamar Greenwood*, Lieut.-Colonel Sir *J. Norton Griffiths*, Lieut.-Colonel *A. St. G. Hamersley*, *Joseph King*, *Arthur Lynch*, *R. Ramsay-Mac Donald*, *James Parker*, Lieut.-Commander *J. C. Wedgwood*. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika liegen nicht minder zahlreiche Zustimmungserklärungen vor.

* * *

Von besonderem Interesse, als Ausdruck der öffentlichen Meinung, ist die Haltung der allgemeinen Presse der verschiedenen Staaten gegenüber der englischen Erklärung. Bei der Fülle der vorliegenden Pressestimmen ist es freilich nicht möglich, auch nur annähernd den grössten Teil aufzuführen. Wir werden uns mit den besonders charakteristischen begnügen müssen. Vorausgeschickt soll hierbei werden, dass seit der britischen Regierungserklärung der Zionismus nicht mehr aus den Spalten der Weltpresse als Diskussionsobjekt verschwunden ist. Die früher so oft geübte Totschweigetaktik ist unhaltbar geworden. Wichtige zionistische Nachrichten werden von der gesamten Weltpresse veröffentlicht und meistens von den

offiziellen Nachrichtenagenturen verbreitet. Das war selbstverständlich der Fall mit der britischen Regierungserklärung, aber auch der Bericht über die Massenversammlung in London vom 2. Dezember, unter dem Vorsitz Lord Rothschilds erschien in der Presse aller Länder.

Die englische Presse stimmte einmütig der britischen Regierungserklärung zu. Das bedeutendste Fachblatt für die Fragen des näheren Orients, "*The Near East*", schrieb am 16. November: „Die britische Regierungsdeklaration ist eine der glücklichsten Eingebungen der Regierung. Es war immer eine feste Überzeugung aller derer, die sich mit der Frage beschäftigt haben, dass Palästina noch einmal zum jüdischen Land werden würde. Das jüdische Gemeinwesen kann nur existieren unter dem Protektorat eines starken Staates." Am 14. Dezember äusserte sich dasselbe Blatt: „Die letzthin erlassene Proklamation in bezug auf die Zukunft von Palästina beweist, dass wir auf politischem Gebiete die Fähigkeit der Voraussicht nicht verloren haben." In derselben Nummer befindet sich auch ein Artikel: „Die Befreiung von Jerusalem", in welchem in zustimmendem Sinne die Aussichten des Zionismus, insbesondere seiner kulturellen Bestrebungen, in deren Mittelpunkt die grosse jüdische Universität stehe, besprochen werden.

Die "*Times*" vom 3. Dezember enthält einen Artikel : "Jew, Arab and Armenian", in welchem das schon erwähnte grosse Meeting besprochen und die Harmonie der Interessen von Juden, Arabern und Armeniern betont wird. Ganz besondere Zustimmung finden die Worte von Colonel Sir Mark Sykes, dass Juden, Araber und Armenier Hand in Hand für ihre nationale Wiederauferstehung arbeiten müssten. Nur sie allein könnten in Vorderasien eine intellektuelle geistige Brücke zwischen Ost und West bilden. „*Daily Telegraph*" vom 8. Dezember führte unter der Besprechung der Jahresereignisse von 1917 aus: „Jetzt im Dezember steht unsere Armee vor Jerusalem, und die vaterländischen Ansprüche der jüdischen Rasse auf Palästina sind durch die Erklärung der britischen Regierung sichergestellt worden." Dasselbe Blatt sagte in einem Leitartikel vom 11. Dezember, betitelt: „Die Einnahme von Jerusalem": „Es ist klar, dass die Zionisten die Möglichkeit der jüdischen Restauration im heiligen Lande unter britischem Protektorat bewillkommnen. Jerusalem wird wieder das werden, was es lange vorher war, das geistige Zentrum der Judenheit." An demselben Tage führte die "*Times*" aus: „Der Sultan wird die heiligen Stätten nicht länger beherrschen, die gemarterten Juden haben Aussicht auf Heimkehr in ihr nationales Heim als freies Volk, und eine Ordnung wird auf-

gerichtet werden, begründet auf den Idealen des Rechtes und der Gerechtigkeit.“ Am folgenden Tage zitierte die “Times” jenen Artikel der Wochenschrift “Jewish World”, in welchem gesagt wurde, „der Fall von Jerusalem und die Regierungsdeklaration betreffend das jüdische Palästina haben England zur grössten jüdischen Macht auf der Erde gestaltet.“

Die bedeutende englische Wochenschrift “*The Spectator*” publizierte am 17. November einen Artikel: „Palästina für die Juden“, in dem die Redaktion ausführte, „mit Unterstützung der britischen Regierung kann erwartet werden, dass die jüdische Siedlung in Palästina mit überraschender Rapidität wachsen wird.“ In diesem Artikel wird für eine internationale Kontrolle Palästinas eingetreten und als nicht wünschbar erklärt, dass England allein für die Verwaltung des Landes verantwortlich sein soll.

Die weltbekannte wirtschaftliche Fachzeitschrift “*The Economist*” besprach in der Nummer vom 17. November die ökonomische Zukunft von Palästina, die hier ausnehmend günstig beurteilt wurde. „Mit genügendem Kapital, sowie Beseitigung der Lasten des türkischen Regimes sollte die ökonomische Zukunft eines jüdischen Palästinas gesichert sein.“ Als besonders charakteristisch soll hervorgehoben werden, dass der XIV. Band, Heft 178 der “TIMES HISTORY AND ENCYCLOPAEDIA OF THE WAR” ein Kapitel über die Eroberung Palästinas, speziell über die jüdische Kolonisation und die zionistische Bewegung enthält.

Die Frage der zukünftigen Souveränität über Palästina wird in der englischen Presse vergleichsweise selten besprochen, obgleich keinem Zweifel unterliegt, dass die Mehrheit der Presse für ein englisches Protektorat ist, ein Gedanke, der namentlich in den grössten Blättern des öfteren ausgesprochen wird. Doch fehlt es auch nicht — wir selbst haben eine solche zitiert — an Stimmen, die eine internationale Kontrolle wünschen.

Die französische Presse hatte sich bis zur Erklärung der britischen Regierung, abgesehen von Gustav Hervé, fast gar nicht mit dem Problem eines jüdischen Palästina beschäftigt. Der Gedanke, dass unter den Nationen, die von dem auf das Recht und die Freiheit begründeten Frieden die Erfüllung ihrer nationalen Hoffnungen erwarten, sich auch das jüdische Volk befinde, war ihr neu. Das lässt sich ohne weiteres begreifen, wenn man daran denkt, wie sehr es der Kultur Frankreichs gelungen ist, die französischen Juden völlig an sich zu ziehen, was um so leichter möglich war, als eine jüdische Massenbevölkerung in Frankreich überhaupt nicht vorhanden ist.

Dazu kam, dass die Leitung der zionistischen Bewegung es völlig vernachlässigt hatte, die öffentliche Meinung in Frankreich entsprechend aufzuklären. Mit einer geradezu verbrecherischen Hartnäckigkeit hatte sich die Parteileitung geweigert, den offiziellen Sitz der Bewegung von Berlin nach einem neutralen Lande zu verlegen, und sich dadurch des Rechtes und der Möglichkeit beraubt, die so überaus wichtige französische Presse über die zionistischen Ziele zu unterrichten.

Es ist unter diesen Umständen mehr als begreiflich, dass ein Teil der französischen Presse den zionistischen Bestrebungen nicht volles Verständnis entgegenbringt, und namentlich die katholisch-klerikalen Blätter, sowie die der royalistischen Richtung, sich mit der Erklärung der britischen Regierung nicht recht befreunden können. Die Argumente, welcher sich diese Blätter, zu denen unter anderen „La Croix“ , „L'Action“ und „Libre Parole“ gehören, bedienen, sind leicht zu widerlegen. Dass die Errichtung eines jüdischen Staatswesens in Palästina geschehen kann und muss, ohne dass die französischen Interessen auch nur im mindesten verletzt werden, soll später ausführlich besprochen werden.

Der Einwand, die Juden hätten gar keine Anrechte auf Palästina, bedarf eigentlich keiner Widerlegung. Das jüdische Volk hat seine Ansprüche auf sein Land, aus dem es brutale Gewalt vertrieben, niemals aufgegeben. Jedes Jahr zur Pessachzeit ertönt das Gebet der Juden: Leschonoh haboh bejeruscholajim — „Nächstes Jahr in Jerusalem!“ Die von der jüdischen Nation auf dem heiligen Boden Judäas hervorgebrachte Bibel ist Gemeingut auch des Christentums. Das Buch der Bücher allein beweist die legitimierten Ansprüche der Juden auf das Land ihrer Väter. Absurd ist es auch, dass durch die Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens die Rechte der jetzt in Palästina lebenden Bevölkerung verletzt würden. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die nichtjüdischen Gemeinden Palästinas werden erst in dem von den Juden zur vollen kulturellen und ökonomischen Entwicklung gebrachten Lande zur hohen Blüte kommen können.

Ein jüdisches Gemeinwesen in Palästina kann auch nicht zum Zentralpunkt deutscher Interessen im Orient werden. Das starke Nationalgefühl des jüdischen Volkes bürgt für den völligen Ausschluss fremdstaatlicher Sonderinteressen. Auch wird die hebräische Sprache, wie schon an anderer Stelle erwähnt wurde, schnell genug den angeblich „deutschen Dialekt“, das Jiddisch, in Palästina zum Verschwinden bringen.

Ein grosser Teil der französischen Presse ist sehr geneigt, das jüdische Gemeinwesen in Palästina zu billigen, wobei auf die Notwendigkeit, wenn schon nicht des französischen, so doch eines internationalen Protektorates hingewiesen wird.

So äussert sich „*Le Pays*“ vom 15. Dezember, die Anerkennung von Jerusalem als internationaler Stadt hindere keineswegs die Errichtung des Judenstaates. „*Petit Journal*“ vom 25. Dezember bringt einen besonders ausführlichen Bericht über die Rede von Monsignore Baudrillard über die Zukunft Jerusalems, in der es heisst, Frankreich anerkenne zwar die Rechte der Juden in Palästina, aber diese legitimierten sie nicht zur Herrschaft daselbst. Sehr charakteristisch für diese Haltung ist die Rede von *Maurice Vernes*, Président de l'école pratique des hautes études de science réligieuse à la Sorbonne, die unter dem Titel „L'avenir de la Paléstine et le Sionisme“ in „*La Presse sociale*“ vom 18. Dezember wiedergegeben wurde. Vernes begrüsst die Wiederauferstehung der jüdischen Nation auf dem Boden ihrer Väter unter dem Protektorat Grossbritanniens, Frankreichs und der übrigen Alliierten.

Die bedeutendsten französischen Blätter, wie „*Temps*“, „*Journal des Débats*“, „*Petit Parisien*“ und andere berichten objektiv über die zionistischen Ereignisse, wobei gerade beim „Temps“ ein bestimmtes Wohlwollen gegenüber den zionistischen Bestrebungen vermerkt werden muss. Auch soll hervorgehoben werden, dass der bekannte militärische Berichterstatter der „*Petit Parisien*“, Lieutenant-Colonel *Rousset*, am 18. Dezember schrieb: „Vielleicht beginnt sogar eine neue historische Epoche, denn die zionistische Bewegung kann nun ihren Weg machen.“

„*L'Homme libre*“, das Blatt des Ministerpräsidenten Clémenceau, brachte am 12. Dezember einen Artikel: „La conquête de la Paléstine“, in dem der schon zitierte Artikel der „Times“ wörtlich angeführt wurde.

> „Le sultan ne dominera plus les Lieux Saints, les Juifs dispersés pourront revenir comme un peuple libre à leur foyer national et un ordre nouveau y sera établi, fondé sur l'idéal de la justice et du droit.“

Bedingungslos auf Seiten der englischen Regierungserklärung steht das Blatt *Gustav Hervés*: „*La Victoire*“, in welchem der Herausgeber am 1. Januar unter dem Titel „Souhaits“ wünscht: „. . . dass die Juden Russlands und der Vereinigten Staaten, welche die Wiederherstellung der jüdischen Nation um Jerusalem erträumen, dieses Jahr die Erfüllung ihres Traumes erleben möchten.“

Unterdessen ist die Stellung der französischen Regierung in absolut einwandfreier Weise von dem französischen Minister des Äussern, *Pichon*, umschrieben worden. Herr *Pichon* erklärte am 9. Februar dem Vertreter der zionistischen Organisation, Nahum Sokolow, dass völlige Einigkeit zwischen der französischen und englischen Regierung über die Frage der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina herrsche.

Die Stellungnahme der Presse der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur britischen Regierungserklärung ist eine durchaus einheitliche. Die grossen Blätter widmeten der Idee des neuen jüdischen Staates lange Artikel, und fast alle sind auf den Ton der "*Newyork Evening Post*" gestimmt, die am 16. November schrieb: „Keine der kriegführenden Nationen mit Ausnahme der Türkei stellt sich dem Zionismus entgegen. Sogar Deutschland nicht. Die Möglichkeit ist vorhanden, dass Herzls Traum realisiert wird.“ Und am 11. Dezember lässt sich das Blatt aus Washington berichten, dass die Zionisten einig seien in dem Wunsche, dass der zukünftige Staat nicht absolut unabhängig, sondern unter britischem Protektorat sein soll.

Es ist schon erwähnt worden (pag. 14), dass alle bedeutenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten für die Errichtung des jüdischen Gemeinwesens in Palästina sind. Und als Ausdruck dieser Stimmung muss es gelten, dass Präsident Wilson den Oberrichter Brandeis, den anerkanntesten Führer der amerikanischen Zionisten, beauftragte, speziell die Orientfrage zur Vertretung an der zukünftigen Friedenskonferenz zu studieren.

Es kann heute nicht mehr daran gezweifelt werden, dass die Unterstützung der jüdischen Aspirationen in bezug auf Palästina von seiten der Washingtoner Regierung absolut sicher ist.

Eine recht merkwürdige Stellung nahm anfänglich die italienische Presse gegenüber der englischen Erklärung ein. Sie befürwortete ein christliches Protektorat über Palästina und von der Verwirklichung der zionistischen Pläne war nirgends die Rede. Der „CORRIERE DELLA SERRA“ versicherte sogar, der Heilige Stuhl sei mit der Schaffung eines christlichen Protektorates einverstanden. In ihrer Nummer vom 27. Dezember fasste die jüdische Wochenschrift „Israel“ (Rom) die Haltung der italienischen Presse in folgenden Worten zusammen: „Die grosse Mehrheit der italienischen politischen Zeitungen steht der englischen Erklärung misstrauisch und mit einer grossen Animosität gegenüber.“

Diese Haltung musste um so mehr wundernehmen, als, wie bereits erwähnt, gerade die italienische Regierung anlässlich der Mission Nahum Sokolows ihre uneingeschränkte Zustimmung zur britischen Regierungserklärung gegeben hatte. Diese Zustimmung wurde seitdem noch bekräftigt, indem der italienische Botschafter in Washington anfangs Januar in einem offenen Briefe an eine jüdische Tageszeitung in New-York erklärte, dass die italienische Regierung völlig einverstanden sei mit A. J. Balfour in bezug auf die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina. Ende desselben Monats gab der italienische Gesandte im Haag, *Herzog de la Tour Calvelle*, dem jüdischen Korrespondenzbureau im Haag gegenüber folgende Erklärung ab:

> „Ich bin zur Erklärung ermächtigt, dass die königliche Regierung ihre uneingeschränkte Zustimmung zur Deklaration des Ministers Balfour über die zionistischen Bestrebungen gibt und die königliche Regierung der Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina günstig gesinnt ist.“

Unter dem Eindruck dieser Erklärungen, hauptsächlich aber dank der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der italienischen Zionisten hat sich die Haltung der italienischen Presse erheblich geändert. Als besonders charakteristisch hiefür mag der Artikel des „GIORNALE D'ITALIA“ vom 6. Januar gelten, in dem ausgeführt wurde:

> „Europa und die Welt müssen die jüdische Heimat dem jüdischen Volke wiedergeben. Die zionistische Organisation ist die Seele der national-jüdischen Bewegung, und die Regierungen, welche sich dieser Bewegung entgegenstemmen wollten, würden eine Schuld auf sich laden. Man muss anerkennen, dass die Juden eine Nation bilden. Diese Nation muss in der Völkerfamilie den ihr gebührenden Platz einnehmen. Man muss ihr Palästina zurückgeben, das ihre Wiege und der Schauplatz ihrer ruhmreichen Geschichte war.“

Von den neutralen Ländern mögen die zustimmenden Ausführungen des „Algemeen Handelsblad“ in Amsterdam, der Artikel des „Svenska Dagblaaded“, Stockholm vom 11. November („Das Palästinaproblem ist auf die gleiche Reihe mit den grössten Weltproblemen gestellt und die Verwirklichung der zionistischen Ziele näher als jemals“), der hoffnungsfreudige Artikel der Basler „Nationalzeitung“ „Zions Auferstehung“ vom 30. November, der des „Genevois“ vom 12. Dezember „Jerusalem“, der Aufsatz der „Basler Nachrichten“ vom 18. Dezember „Juden und Polen“, erwähnt werden.

WIDERSTÄNDE

Die Haltung der deutschen Presse. — Erklärungen der österreichisch-ungarischen und türkischen Regierungen. — Kritik der türkischen Erklärung. — Ein neutral-zionistisches Urteil. — Erklärung der deutschen Regierung. — Stellungnahme der deutschen Zionisten. — Ein Deutscher gegen die Erklärungen des Grossvesirs und des stellvertretenden Staatssekretärs v. d. Bussche. — Unterhandlungen der Türkei mit Antizionisten. — Vergleich der Haltung der Alliierten mit derjenigen der Zentralmächte. — Englands erste Schritte zur Verwirklichung seiner Zusicherung. — Die Zionisten als einzig legitimierte Vertreter des jüdischen Palästinagedankens anerkannt. — „Divide et impera" bei den Zentralmächten und der Türkei. — Der Pakt der deutschen Zionisten mit den antizionistischen Organisationen in Deutschland.

Von ganz besonderem Interesse muss naturgemäss die Stellungnahme der deutschen Presse in diesem Zusammenhange sein. Mit Ausnahme weniger Zeitungen hatten die deutschen Zeitungen vor dem Kriege und während desselben den zionistischen Bestrebungen so gut wie gar keine Beachtung geschenkt. Dies änderte sich sofort nach Bekanntwerden der britischen Regierungserklärung. Mit einem Schlage begann die Diskussion über den Zionismus, und es zeigte sich die merkwürdige Erscheinung, dass auf einmal die meisten Zeitungen dem Zionismus gegenüber sehr günstig gestimmt wurden. Alle Blätter aber wandten sich sehr scharf gegen die Möglichkeit eines englischen Protektorats über Palästina, wobei die Mehrheit der Zeitungen so weit ging, die Erklärung Englands zwar als politisch genialen Schachzug, zugleich aber auch als Komödie und Heuchelei zu kennzeichnen.

Die Diskussion wurde gewissermassen eröffnet durch einen Artikel der katholischen „*Germania*" Berlin, vom 7. November, in dem es hiess: „Durch die fortwährende Behandlung der Palästinafrage in der jüdischen Presse und besonders durch die Bestrebungen des Zionismus wird die Christenheit nach und nach einsehen, wie unbedingt notwendig es ist, dass sie sich gleichfalls für die Zukunft des Heiligen Landes interessiert."

Am 18. November schrieb dann der militärische Orientberichterstatter, *Franz Karl Endres*, in den „*Münchner Neuesten Nachrichten*": „Die Engländer versprechen den Juden der Welt in geschickter Verwendung zionistischer Hoffnungen ein Königreich Juda. Auf diese Maskerade imperialistischer Politik wird kein

deutscher Jude hereinfallen.“ Denselben Ton hatte auch schon *Erich von Salzmann* in einem Artikel „Jerusalem“ in der „*Vossischen Zeitung*“ vom 16. November angeschlagen, in dem es hiess, durch das Schlagwort vom neuen Zion wolle man die jüdischen Elemente gegen die Mittelmächte stimmen. Man habe es hier mit einem der listigsten Schlagworte zu tun, die England geschaffen habe.

Der katholische „*Regensburger Anzeiger*“ vom 25. November führte in einem Aufsatz „Ein Judenstaat Palästina?“ aus: Auch vom katholischen Standpunkt sei der Gedanke eines Judenstaates nicht ohne weiteres abzulehnen. Aber es müsse erstens die Zahl der in Palästina angesiedelten Juden im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung gross genug sein, zweitens, die nicht jüdische Bewohnerschaft vor jeder Bedrückung, drittens die heiligen Stätten der Christen und deren Besuch völlig gesichert sein, und viertens der Judenstaat unter Oberhoheit und Schutz der Mittelmächte stehen. In ähnlicher Weise hatte sich die „*Kölnische Volkszeitung*“ vom 25. November geäussert: „Man darf wohl annehmen, dass die Mittelmächte den (zionistischen) Wünschen mit Wohlwollen gegenüberstehen, natürlich immer in der Voraussetzung, dass Palästina Bestandteil eines starken und gesicherten türkischen Reiches bleibt und allen Bekenntnissen gleiche Bewegungsfreiheit bietet.“

Sehr charakteristisch ist ein Artikel der deutschen „*Montagszeitung*“ (Berlin) vom 26. November, mit dem Titel „Um den jüdischen Staat“, in dem es heisst: „Heute ist die amerikanisch-jüdische Hochfinanz zum Zionismus abgeschwenkt, heute hat die Entente wieder eine neue kleine Nation unter ihren Schutz genommen, heute ist wieder eine Gelegenheit verpasst, den Zentralmächten eine nicht zu unterschätzende Unterstützung in der ganzen Welt zu sichern.“ Der Artikel wendet sich weiter gegen ein englisches Protektorat — die englische Kultur werde die jüdische erdrücken — und fährt fort: „Nur das Protektorat einer Macht wäre zulässig, die entweder politisch völlig am Lande desinteressiert ist, oder aber es als organisatorischen Bestandteil in sich schliesst, wie die Türkei.“

Von Bedeutung ist auch der Leitartikel der „*Deutschen Levantezeitung*“ vom 1. Dezember, in dem es unter anderem heisst: Englands offensichtliches Bestreben sei, die Aufmerksamkeit der Welt durch irgendeinen ins Auge springenden Erfolg von dem gewaltigen Geschehen in Oberitalien abzulenken. Daher die Offensive an der Palästinafront, wo der Sieg leicht zu erringen sei, und daher die britische Erklärung, um Amerika und die Judenschaft ganz zu gewinnen ..... Die Begeisterung der zionistischen Welt finde in der

Balfourschen Erklärung kaum eine Stütze. Der offene Übergang der Zionisten in den Ententeländern ins englische Lager habe naturgemäss auch die Zionisten in den Mittelmächten in eine schwierige Lage gebracht. Aber diese seien sich bewusst, dass Palästina türkisches Gebiet bleiben müsse. Unter dieser Bedingung sei eine Förderung des Zionismus möglich. Die englischen Pläne mit Palästina müssten vereitelt werden.

Der „*Düsseldorfer Generalanzeiger*" vom 28. November fordert dann, die deutsche Regierung solle wie die englische den Zionisten die Hand reichen, denn sie habe bei ihrem Freundschaftsverhältnis zur Türkei doch sicherlich mehr Einfluss auf diese als England.

Die Forderung, die deutsche Regierung möge nun auch ein Wort über den Zionismus verlauten lassen, wurde bis Ende November zum gemeinsamen Postulat fast der gesamten deutschen Presse. Es war klar geworden, das weder die Türkei noch die Regierungen der Zentralmächte länger mit einer Äusserung zurückhalten konnten. Nicht nur die Judenheit der ganzen Welt, sondern auch die öffentliche Meinung erwartete eine Erklärung zu dieser brennend gewordenen Tagesfrage.

Die erste Äusserung erfolgte von seiten Österreich-Ungarns. Am 21. November berichtete das offizielle Wiener Korrespondenzbureau, der Minister des Äussern, Graf *Czernin*, habe den Leiter der zionistischen Organisation in längerer Besprechung empfangen und die Aufklärungen Dr. *Hantkes* über die zionistischen Pläne mit Befriedigung entgegengenommen. Das Jüdische Pressbureau in Stockholm konnte dieser Nachricht hinzufügen, Graf Czernin habe Dr. Hantke versprochen, die österreichisch-ungarische Regierung würde die zionistischen Aspirationen bei der Türkei unterstützen. Nähere Mitteilungen über diese Unterredung sind der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden.

Hingegen äusserte sich, nach einem vom Wolffbureau (21. Dez.) verbreiteten Bericht, der türkische Minister des Äussern, *Nessimy Bey*, zu einem auswärtigen Pressevertreter über die Judenfrage in Palästina folgendermassen: „Die Türkei, für Jahrhunderte der Zufluchtsort der unterdrückten Juden, hat ihre traditionelle, freundschaftliche Haltung gegenüber den Juden nicht verändert. Die Juden in der Türkei haben sich immer als loyale und fleissige osmanische Untertanen bewährt, und wir begrüssen eine Einwanderung von Juden mit ähnlichen sympathischen Gefühlen gegenüber der Türkei. Wir sichern ihnen alle bürgerlichen Rechte zu."

Der weitere Fortgang der öffentlichen Diskussion belehrte dann die türkische Regierung, dass es mit diesen allgemein gehaltenen Äusserungen nicht sein Bewenden haben könne. Aber erst Ende Dezember entschloss sich die Türkei zu einer ausführlichen Erklärung. Dieselbe wurde abgegeben in einer Unterredung des Sonderberichterstatters der „Vossischen Zeitung", Dr. *Julius Becker*, der übrigens auch als Zionist innerhalb der zionistischen Organisation einen guten Namen hat, mit dem Grosswesir *Talaat Pascha* in Konstantinopel. In dieser Unterredung erklärte der Grosswesir, die kolonisatorische Bewegung der Juden in Palästina besitze das Wohlwollen der Regierung, die allerdings auf dem Standpunkt stehe, „dass wir den Juden keine Vorrechte vor unseren anderen Bürgern einräumen können."

Über die englische Erklärung äusserte sich der Grosswesir: „Mais c'est une blague", und führte sie lediglich darauf zurück „Sympathien zu gewinnen und die Juden der ganzen Welt für die Ziele der Entente einzufangen".

In bezug auf die jüdischen Kolonisationsbestrebungen in Palästina erfolgte folgende Antwort: „Nachdem jetzt glücklicherweise die Türkei von dem Alp der Kapitulationen und damit auch von der Konsulargerichtsbarkeit befreit ist, und wir also die Wiederholung dieser unangenehmen Vorkommnisse (dass fremde Untertanen der Rechtsprechung der türkischen Gerichte entzogen waren und sich bei jeder Gelegenheit hinter ihren Konsul verschanzten, wodurch immer neue Konflikte zwischen deren Regierungen und den türkischen Behörden entstanden) nicht mehr zu befürchten haben, wird es möglich sein, von diesen Beschränkungen (in bezug auf die jüdische Einwanderung) abzusehen." Die Juden müssten aber ottomanische Bürger werden.

Auf die Frage, ob es möglich sein werde, den Juden in Palästina eine gewisse Selbständigkeit in der örtlichen Verwaltung zu geben, antwortete der Grosswesir: „Da muss ich zunächst wiederholen, was ich schon vorher sagte, nämlich, dass es uns unmöglich ist, den Juden irgendwelche Vorrechte zu geben, sie können nur dieselben Rechte geniessen wie alle unsere anderen Staatsbürger. Aber wir haben ja bereits in unserer jetzigen Gesetzgebung ein ziemlich weitgehendes Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, und in einem neuen Gesetzentwurf, den wir eben jetzt im Parlament vorlegen, beabsichtigen wir, hierin noch weiter zu gehen. Die örtlichen Gemeinden und Vilajets (Provinzen) sollen noch mehr Selbständigkeit erhalten, als sie bisher schon haben. In diesem Rahmen werden meines Er-

achtens auch alle berechtigten Wünsche der Juden in Palästina ihre Erfüllung finden können."

Unbegreiflich ist, angesichts dieser Erklärungen des Grosswesirs, die Haltung des Organs der deutschen Zionisten, der „*Jüdischen Rundschau*", die am 4. Januar ihren Leitartikel über die Bedeutung der türkischen Erklärung mit folgenden Worten schloss: „So begrüssen wir denn hoffnungsvoll die Erklärungen des türkischen Grosswesirs, welche den ersten entscheidenden Schritt der türkischen Regierung zur Anerkennung und Verwirklichung des zionistischen Programms darstellt."

Bekanntlich verlangt das zionistische Programm die „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina."

Von alledem ist in den Ausführungen des Grosswesirs gar keine Rede. Die öffentlich-rechtliche Sicherheit wird gedeutet innerhalb des Staatsrechtes der Türkei, als eine rein örtliche Selbstverwaltung, ohne jede Vorrechte.

Die Heimstätte als solche ist keineswegs gewährleistet, denn von einer privilegierten Einwanderung darf keine Rede sein.

Die speziellen Ansprüche des jüdischen Volkes auf Palästina sind mit keinem Worte erwähnt.

Mit Recht wird man sagen müssen, dass wenn die zionistische Bewegung nicht mehr zu erreichen sucht, als ihr nach den Ausführungen Taalat Paschas zugestanden wird, sich womöglich damit zufrieden gibt, sie den ersten entscheidenden Schritt zur Annullierung und Nichtverwirklichung des zionistischen Programms sowie der bisher geleisteten Arbeit getan, und sich damit vollends zu einer reinen Kolonisationsbewegung, bar jeder politischen und nationalen Ziele, herabgewürdigt hat.

Von neutraler zionistischer Seite wurde denn auch ein treffendes Urteil über die Erklärungen des türkischen Grosswesirs gefällt. Dem jüdischen Korrespondenzbureau im Haag gegenüber äusserte sich der Bankier *Jacobus H. Kann* (holländischer Staatsbürger), Mitarbeiter Theodor Herzl's fast vom ersten Jahre der zionistischen Bewegung an, dahin, dass die Äusserung des Grosswesirs schwerlich zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen könne. In bezug auf die britische Regierungserklärung erinnerte Herr Kann den Grosswesir daran, dass England gerade in den Zeiten, in denen die türkische Regierung sich besonders ablehnend gegenüber den zionistischen Bestrebungen verhielt, der zionistischen Organisation

Uganda und El-Arisch für die Zwecke national-jüdischer Kolonisation zur Verfügung zu stellen bereit war.

Es verstehe sich von selbst, dass alle Bürger Palästinas vor dem Gesetz gleich sein müssen „aber wir wollen, dass Palästina wieder das ‚jüdische Land' wird." Was in erster Linie für uns notwendig sei, sei ein öffentlich-rechtliches Abkommen mit solchen Garantien, die es ermöglichen, eine geschlossene jüdische Siedlung durchzuführen, ohne befürchten zu müssen, durch Schwierigkeiten von aussen oder innen darin beeinträchtigt zu werden.

Herr Kann äusserte zum Schluss seiner Ausführungen: „Die Juden haben aber ein Recht darauf, endlich zur Ruhe zu kommen. Wir sind des ewigen Wanderns müde. Wir haben ein unbestreitbares historisches Recht auf unsere alte Heimat Palästina. Und ehe dieses Recht mit seinen Konsequenzen allseitige Anerkennung gefunden hat, können wir nicht zur Ruhe kommen. Wir wollen die Sicherheiten für eine geschlossene Ansiedlung auf der Grundlage einer Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. Wir wollen nach den ungeheuren Anstrengungen und dem ausserordentlichen Aufwand an Geldmitteln, die unserer in Palästina harren, nicht wieder riskieren, dass wir — wie bisher so oft — wenn wir Schrittmacher der ökonomischen Entwicklung rückständiger Länder gewesen sind — wieder ausgetrieben werden, nachdem wir diese Funktionen erfüllt hatten. Wenn die türkische Regierung, gleich England, die Gerechtigkeit unserer Ansprüche auf Palästina anerkennen wird, dann würde sich über die Form, wie diesen Ansprüchen zu genügen ist, reden lassen."

Dass die Erklärungen des Grosswesirs auch von rein deutscher Seite als unbefriedigend aufgefasst und noch viel schärfer kritisiert wurden, soll später gezeigt werden.

Am 6. Januar 1918 teilte das Wolffbureau mit, dass der stellvertretende Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Freiherr *v. d. Bussche*, die Herren Prof. Dr. *Warburg* und Dr. *Hantke* vom zionistischen Aktionskomitee, sowie die Herren Prof. Dr. *Oppenheimer*, Dr. *Friedemann* und Prof. Dr. *Sobernheim* vom „Comité für den Osten" empfangen habe, und ihnen nach einer Äusserung in bezug auf die Lage der Ostjuden, in betreff Palästina, folgende Erklärung abgegeben habe: „Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten verfolgten Bestrebungen in Palästina, begrüssen wir daher die Erklärungen, die der Grosswesir Taalat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der kaiserlich ottomanischen Regierung, gemäss ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung, die aufblühende jüdische Siedlung in Palästina durch die

Gewährung freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes durch örtliche Selbstverwaltung entsprechend den Landesgesetzen und zugunsten der freien Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern."

Die Erklärung der deutschen Regierung schliesst sich nach diesen Äusserungen eng an die Erklärungen Taalat Paschas an. Sie ist nicht mehr als ein kurzes Resumé derselben. Und die gegen die Ausführungen des Grosswesirs gerichtete Kritik wendet sich auch gegen sie.

Wenn die „*Jüdische Rundschau*" daher am 11. Januar 1918 schrieb: „Demnach ist der nunmehr erfolgte Schritt der deutschen Regierung als die Bekundung des Willens aufzufassen, vor der gesamten Öffentlichkeit die Zustimmung der deutschen Regierung zu den zionistischen Bestrebungen festzustellen," und die „*Norddeutsche Allgemeine Zeitung*", sowie das Wolffbureau offiziell diesen Satz des deutschen zionistischen Organs wiedergeben, bzw. verbreiten, so kann das nicht anders erklärt werden, als dass die Führer des Zionismus in Deutschland, das Programm des Zionismus in einer Weise interpretieren, welche seiner völligen Preisgabe gleichkommt.

Das haben sich die deutschen Zionisten mit anderen Worten von *Franz Karl Endres* sagen lassen müssen, der in den „*Münchner Neuesten Nachrichten*" am 16. Januar in einem Artikel „Der Zionismus und die Grossmächte" unter anderem folgendes schrieb:

„Und trotzdem hat die Äusserung von dem Bussche's etwas enttäuschend gewirkt. Es lässt sich alles und wieder nichts aus ihr herauslesen. Sie ist ein diplomatisch-dialektisches Meisterstück. Aber unsere Zeit will ein Ja! Ja! und Nein! Nein! und was darüber ist, ist von Übel. Fort mit allen Redensarten! Programme, kurz und bündig und so klar, dass jeder Kommentar überflüssig ist, das sei die politische Sprache der Gegenwart." Und weiter: „Als Hauptbeteiligter sprach sich dann in den letzten Tagen des Dezember der türkische Grosswesir Taalat Pascha sehr zurückhaltend, sehr dehnbar, sehr diplomatisch in einer Unterredung mit Dr. Julius Becker über die zionistische Frage aus."

Diese Worte hätten dem Parteiorgan der deutschen Zionisten gewiss nicht schlecht angestanden und hätten den Zionisten der ganzen Welt gezeigt, dass die Führer des Zionismus in Deutschland nicht eines Haares Breite von dem Basler Programm der zionistischen Bewegung ablassen. Mit Recht musste sich die „*Jüdische Rundschau*"

von dem in Hamburg erscheinenden, nichtzionistischen „*Israelitischen Familienblatt*“ in bezug auf die von der Rundschau behauptete Zustimmung der deutschen Regierung zu den zionistischen Bestrebungen sagen lassen (17. Januar):

„Soweit zionistische Bestrebungen sich auf diesem Gebiete mit allgemein jüdischen bisher deckten und noch decken, mag das zutreffen. Darüber hinaus, für zionistische Sonderziele, hat sich die deutsche Regierung in keiner Weise engagiert.“

Diese zionistischen Sonderziele aber bestehen in der uneingeschränkten Wiederaufrichtung der jüdischen Nation in Palästina. Hierfür, und das muss gesagt werden, hat die deutsche Regierung sich in keiner Weise engagiert und in dieser Beziehung der jüdischen Nation, die bei Friedensschluss wie alle anderen Völker das ihr zustehende Recht fordern wird, nicht den geringsten Sympathiebeweis gegeben. Der Vollständigkeit wegen mag noch erwähnt werden, dass am 23. Januar das Wolffbureau meldete, der Grosswesir *Taalat Pascha* habe an demselben Tage eine Abordnung, bestehend aus den Herren Prof. Dr. *James Israel*, Bankier *A. F. Marcus*, Dr. *Alfred Nossig*, Kommerzienrat *G. Simon* und Prof. Dr. *Ludwig Stein* empfangen, um ihnen von den Absichten der osmanischen Regierung bezüglich mehrerer, die Lage der Juden im türkischen Reiche nach Friedensschluss betreffenden Fragen, Kenntnis zu geben. Die Besprechung ergab eine Übereinstimmung in den wesentlichsten Punkten, so dass die Abordnung ihre volle Befriedigung über die Darlegungen des Grosswesirs zum Ausdruck bringen konnte.

Die Herren, die hier der Grosswesir empfing, sind vielleicht mit Ausnahme von Dr. Nossig, Antizionisten in Reinkultur. Sie gehören zu den deutschen Staatsbürgern mosaischer Konfession, denen es gruselt, wenn man von einer jüdischen Nation und ihren Forderungen spricht. Sie fühlen sich längst als Germanen. Wenn diese Herren von den Erklärungen des Grosswesirs über die Zukunft der Juden im türkischen Reich, also wohl auch in Palästina, befriedigt waren, so kann man sich vorstellen, welcher Art die Erklärungen waren, und was der Zionismus von seiten der Türkei zu erwarten hat.

Eine Gegenüberstellung der Haltung von England, Frankreich und Italien zum Zionismus und der Stellungnahme von Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei ergibt folgendes Bild:

Auf seiten der Entente uneingeschränkte Billigung des zionistischen Programms, verbunden mit der Zusiche-

rung, mit allen Kräften für die Verwirklichung dieses Programmes einzutreten. Hierzu kommt die staatsrechtliche Anerkennung der jüdischen Nation. Dabei wird die zionistische Organisation als die einzig legitimierte Vertreterin des jüdischen Volkes in bezug auf seine palästinensischen Aspirationen anerkannt, und nur mit ihr wird direkt verhandelt, wobei man es der zionistischen Organisation überlässt, sich mit den übrigen Gruppen des jüdischen Volkes auseinanderzusetzen.

Die Stellung, welche die englische Regierung der zionistischen Organisation gegenüber einnimmt, wird am besten durch folgendes charakterisiert. Am 31. Januar 1918 starb der hochverdiente Zionistenführer Dr. *Jechiel Tschlenow* in London. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer feierlichen Kundgebung der jüdischen Bevölkerung. Im Trauerzuge waren die Vertreter der britischen Regierung offiziell anwesend. Die britische Gesandtschaft in Kopenhagen kondolierte dem Kopenhagener Bureau der zionistischen Organisation zu dem schweren Verluste, der sie betroffen hatte. (Es mag beigefügt werden, dass auch die spanische Gesandtschaft in Kopenhagen ein gleiches tat.)

Die britische Regierung ist noch einen Schritt weiter gegangen. Sie hat nach dem Bericht der "Times" vom 4. Februar die "Anglo-Palestine-Company", die Tochterbank des zionistischen "Jewish Colonial-Trust", beauftragt, die finanziellen Operationen Englands, sowie die der militärischen Behörden in Palästina zu übernehmen. Das ist nicht mehr und nicht weniger, als dass die Wahrung wichtigster, staatlicher Interessen Grossbritanniens in Palästina der Bank der zionistischen Organisation anvertraut wurde.

Mit einem Worte, die britische Regierung betrachtet die Führer der zionistischen Organisation in London als die Vertreter des werdenden jüdischen Staatswesens, und dehnt diese Anerkennung auch auf die im neutralen Auslande befindlichen Institutionen des Zionismus aus.

Wie sehr sticht hiervon leider die Haltung der Zentralmächte ab. Die österreich-ungarische Regierung hat, wie wir gesehen haben, den Zionistenführer Herrn Dr. Hantke ihres Wohlwollens versichert, ohne dass bekannt geworden wäre, wie weit sich dieses Wohlwollen erstreckt.

Die türkische Regierung hat durch den Mund des Grosswesirs den Zionisten mitteilen lassen, dass man den Juden gestatten

werde, wie überallhin, so auch nach Palästina frei einzuwandern. Aber ohne jede Vorrechte, ohne welche die Bildung eines neuen staatlichen oder auch nur halbstaatlichen Gemeinwesens gar nicht denkbar ist. Die Forderungen des Basler Programms werden von der ottomanischen Regierung auch nicht im geringsten berücksichtigt.

Die kaiserlich deutsche Regierung aber hat sich den Worten Taalat Paschas rückhaltlos angeschlossen. Sie ist nur für eine jüdische Kolonisationsbewegung in Palästina zu haben und ist weit davon entfernt, Palästina als jüdisches Land anzuerkennen.

Keine Rede bei den Zentralmächten davon, dass die jüdische Nation eines von jenen Völkern ist, deren Ansprüche bei Friedensschluss Anerkennung und Befriedigung finden müssen.

Aber diese Haltung der Zentralmächte wäre noch nicht das Schlimmste. Wie wir schon erwähnt haben, kann man sehr wohl begreifen, dass Deutschland sich in einer ausserordentlich schwierigen Situation gegenüber der Türkei befindet. Sagt doch mit Recht *Franz Karl Endres* in dem schon zitierten Artikel der „*Münchner Neuesten Nachrichten*“:

„Die deutsche Regierung findet mit ihrer den Zionisten freundlichen Politik einstweilen noch die grössten Schwierigkeiten an den pantürkistischen Strömungen in der Türkei, die in grenzenloser Überschätzung des rein osmanischen Elementes im türkischen Volk sich allem Fremden, was es auch sei, und woher es auch komme, mit erbittertem Hass gegenüberstellen.“

So hätten die deutschen Zionistenführer bis zu einem gewissen Grade recht, auch die so wenig befriedigenden Erklärungen der Regierungen der Zentralmächte als einen Fortschritt hinzustellen, wenn nicht etwas anderes hinzu käme, was die Stellungnahme namentlich der Regierungen Deutschlands und des ottomanischen Reiches in einem ganz bedenklichen Lichte erscheinen lässt.

Deutschlands und der Türkei Regierungen sind nämlich weit davon entfernt, die zionistische Organisation als die einzig legitimierte Vertreterin der Palästina-Ansprüche des jüdischen Volkes anzusehen und unterhandeln dementsprechend durchaus nicht mit ihr allein.

Die deutschen Zionisten mussten es sich gefallen lassen, dass ihre Führer nicht als einzig berechtigte Vertreter in der Palästinafrage von dem stellvertretenden Staatssekretär von dem Bussche empfangen wurden, sondern zusammen mit dem „Comité für den

Osten". Man muss wissen, dass dieses Comité von Anbeginn des Krieges im Dienste der deutschen Propaganda stand. Von ihm ging jener verbrecherische Aufruf aus, den wir am Anfang unserer Abhandlung erwähnten.

Die Haltung der ottomanischen Regierung bewegt sich in derselben Richtung. Die wesentlichste Erklärung über den Zionismus wurde von ihr zwar einem Zionisten gegenüber, Herrn Dr. Julius Becker, abgegeben, aber in dessen Eigenschaft als Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Die Zionisten sind offiziell von der türkischen Regierung überhaupt nicht empfangen worden. Dagegen hat sie sich, wie wir kurz vorher erwähnten, mit ausgesprochenen Antizionisten in palästinensischen Angelegenheiten in Verbindung gesetzt.

Was hat nun die deutschfreundliche Politik der führenden deutschen Zionisten während der ersten Kriegsjahre dem Zionismus genützt? Mit vollem Bewusstsein verfolgt die deutsche Regierung auch innerhalb der deutschen Judenheit ihre Maxime: Divide et impera, verhandelt hier mit den Zionisten, dort mit dem „Comité für den Osten" und lässt sich schliesslich die Wünsche beider von den Führern der orthodoxen Juden Deutschlands, die sie für ihre Judenpolitik in Polen ausnützt, und deren Presse von Woche zu Woche den Zionismus mit Schmutz bewirft, begutachten. Und die türkische Regierung folgt, nicht einmal errötend, den Spuren ihres mächtigen Verbündeten.

Damit aber ist das Mass der Erniedrigung des Zionismus in Deutschland noch nicht erschöpft. Nach einem Berichte des Hamburger „*Israelitischen Wochenblatts*" vom 24. Januar 1918 sind Bestrebungen zum Ziel gelangt, „die darauf hinausgehen, die deutsche Judenheit für diejenigen Fragen zusammenzuschliessen, die auf der Friedenskonferenz eine Rolle spielen werden, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass auf der Friedenskonferenz, wie auch immer der Krieg sich weiter entwickeln möge, die ostjüdischen Fragen und die Palästinafrage zur Erörterung gelangen werden."

In dieser Neubildung innerhalb der deutschen Judenheit sind folgende Organisationen vertreten: Der „Hilfsverein der deutschen Juden". Das ist derselbe Verein, gegen welchen die gesamte zionistische Organisation kurz vor dem Kriege den sogenannten Sprachenkampf in Palästina führen musste, weil dieser Verein schliesslich in Palästina rein deutsche Propaganda trieb. Daneben hat er die zionistische Organisation während des Krieges so ganz unter der Hand ihres Anrechtes auf das jüdische Technikum in Haifa beraubt,

indem er den Konkurs dieses Institutes und den Ausschluss des jüdischen Nationalfonds, von welchem der Grund und Boden gegeben worden war, beantragte, weil diese heilige Institution des jüdischen Volkes in London legalisiert ist. Wir finden weiter hier den „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, den giftigsten, skrupellosesten Gegner des Zionismus in Deutschland, das „Comité für den Osten“, dessen Charakterisierung wir nicht wiederholen wollen, die „Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland“, eine liebenswürdige Organisation, welche die Existenz einer jüdischen Nation überhaupt leugnet, zwar nicht viel von der Thora hält, aber dafür destomehr von Professor Geiger und seiner „Allgemeinen Zeitung des Judentums“, die bekanntlich das Anwachsen des Zionismus mit grösster Sorge erfüllt. Ferner die Grossloge U. O. B. B., die in bezug auf nationale Fragen des Judentums in Deutschland als eine völlig rückständige Institution zu bezeichnen ist, den „Deutsch-Israelitischen Gemeindebund“, der mehr deutsch als israelitisch ist, und endlich — verhülle dein Haupt, Tochter Zions — die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“, die einzige national-jüdische Organisation Deutschlands, in dieser vom national-jüdischen Standpunkt mehr als zweifelhaften Gesellschaft. Vertreten ist die Zionistische Vereinigung für Deutschland hier durch Herrn Rechtsanwalt Dr. *Klee* und durch den um den Zionismus überaus verdienten Herrn Rechtsanwalt Dr. *Hantke.* Diesem letzteren aber, der als Kollege eines *Nahum Sokolow* im Engeren Aktionskomitee der Zionistischen Organisation unbedingt Rücksicht auf die zionistische Weltorganisation zu nehmen hat, kann niemals das Recht zugestanden werden, sich dieser deutsch-politische Sonderinteressen verfolgenden Gesellschaft anzuschliessen.

Bis Mitte Februar war der Pakt der deutschen Zionisten mit den antizionistischen Organisationen Tatsache geworden. Herr Dr. Hantke sitzt zusammen mit Dr. *Paul Nathan,* dem Promotor des unerhörten Vorgehens gegen den Jüdischen Nationalfonds in Sachen des Technikums als ehrenamtlicher Geschäftsführer im Vorsitz in der „Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens“, die sich „vor allem die Aufgabe gestellt hat, den Standpunkt der deutschen Juden gegenüber den jüdischen Problemen im Osten und im Orient gemeinsam vor den in Betracht kommenden Instanzen zu vertreten. Es ist in Aussicht genommen, auf die Gründung ver-

wandter Organisationen in Österreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien hinzuwirken, so dass durch eine Verständigung dieser Organisationen unter einander alsdann die jüdischen Fragen, die durch den Krieg aufgeworfen worden sind, in einheitlicher Weise seitens aller Juden der Mittelmächte behandelt werden können."

Was das in Wahrheit bedeuten soll, geht daraus hervor, dass auch Beratungen im Gange sind, um die Zusammenarbeit der neuen Vereinigung mit dem „Vollzugsausschuss der jüdisch-orthodoxen Organisationen der Mittelmächte" zu ermöglichen, d. h. mit einer jüdischen Organisation, die notorisch unter der direkten Kontrolle der deutschen Regierung steht und gegenwärtig im neutralen Ausland die heftigste Propaganda gegen die englische Regierungserklärung betreibt.

Aus den politischen Richtlinien der Vereinigung geht deutlich hervor, dass von der im Basler Programm geforderten „öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" keine Rede ist, nur vom Recht auf freie Einwanderung und wirtschaftliche Betätigung, von freier Niederlassung und Pflege selbständiger Kultur in Palästina wird gesprochen. Damit ist der politische Zionismus, die Schöpfung Theodor Herzls, in Deutschland vernichtet.

Diese Vorgänge innerhalb des deutschen Judentums fanden ihre treffende Beurteilung in dem nachstehenden Flugblatt des Zionistischen Vereins „Theodor Herzl" in Zürich, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Sie sollen wissen, diese deutsch-jüdischen Notabeln, die sich hier zu alter, nichtbewährter Stadlonimpolitik zusammengetan haben, sie sollen wissen, die Juden Deutschlands, dass die Juden des Ostens, die Juden aller Welt, das ganze jüdische Volk seine Rechte selbst zu wahren wissen wird. Verschont uns — so rufen wir ihnen zu — mit Eurer alten Fürsorgepolitik, da ihr nicht Mitarbeiter sein wollt am Werke der nationalen Erneuerung unseres Volkes!"

„Mögen sich die Zionisten aller Länder daran erinnern, dass es der ‚Hilfsverein der deutschen Juden' war mit seinen Führern James Simon und Dr. Paul Nathan, der den Zusammenbruch des jüdischen Technikums in Haifa herbeiführte und unseren heiligen jüdischen Nationalfonds als eine feindliche Institution denunzierte, damit er seine Forderungen nicht geltend machen könne. Und es sei daran

erinnert, dass die Verfolgungen unserer zionistischen Brüder in Palästina in den ersten Kriegsjahren zum grossen Teil auf das Schuldkonto der denunziatorischen Leistungen, des Hilfsvereins und seiner Helfershelfer zu setzen sind.“

„Welche Schmach aber, dass wir in den Reihen der neugeschaffenen Organisation auch die ‚Zionistische Vereinigung für Deutschland‘ finden! Wie werden unsere deutschen Zionisten nunmehr noch den Mut finden, gegen die volksverräterische jüdische Assimilation in Deutschland zu kämpfen, da ihre Führer mit den Grossmogulen des deutschen Assimilationsjudentums verbündet sind!“

„Welche Erniedrigung für die Zionisten der ganzen Welt, dass Herr Dr. Hantke, Mitglied des Engeren Aktionskomitees, den traurigen Mut gefunden hat, sich mit dieser Gesellschaft an einen Tisch zusammenzusetzen. Ehrenamtliche Geschäftsführer der genannten Organisation sind die Herren Dr. Arthur Hantke und Dr. Paul Nathan. Ein Führer der zionistischen Weltorganisation zusammen mit dem ärgsten Feinde des Zionismus, zusammen mit einem Manne, der Zeit seines Lebens jüdische Politik nur als ein Mittel zur Förderung deutschpatriotischer Interessen betrieben hat, ein Mensch, dessen antijüdische Gesinnung sich 1913 offenbarte, als wir Zionisten mit dem Hilfsverein der deutschen Juden im heftigen Kampf um unsere heilige hebräische Sprache lagen.“

„Konnte Arthur Hantke nicht mehr Rücksicht nehmen auf seine Führerstellung innerhalb der zionistischen Weltorganisation? Auf seine Kollegenschaft mit Nahum Sokolow und dem edlen Tschlenow, an dessen Bahre wir unlängst trauernd standen? Mit welch zorniger Gebärde hätte Theodor Herzls Seelengrösse diese Sippschaft von sich abgeschüttelt, mit der der Zionist Hantke nun einen schmachvollen Bund geschlossen.“

„Und um welchen Preis?

„Die neue Organisation hat fünf Richtlinien aufgestellt für die Behandlung der Judenfrage im Osten und dem ottomanischen Reiche. In den ersten drei dieser Richtlinien ist kein Wort gesagt von den nationalen Rechten der jüdischen Massen im Osten, nur mit alter assimilatorischer Feigheit spricht man von einem ‚Recht auf Pflege selbständiger jüdischer Kultur‘ in einer Zeit, da in der Ukraina die jüdischnationale Autonomie bereits anerkannt ist.“

„Der Artikel 4 und 5 aber behandelt die Frage der Juden im nahen Osten. Was fordert man da?

„Recht auf freie Einwanderung und wirtschaftliche Betätigung in allen Teilen des ottomanischen Reiches.“

Muss man das von einem zivilisierten Staate erst fordern?

In bezug auf Palästina aber verlangt man „Recht auf freie Niederlassung und Pflege selbständiger jüdischer Kultur in Palästina‘."

„Vom Standpunkt der Assimilationsjuden ist diese Forderung gewiss ein Fortschritt. Was aber haben wir, die wir ein jüdisch-nationales Palästina, eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte verlangen, mit dieser Bettelei zu tun? Wie kommt die „Jüdische Rundschau", das Organ der deutschen Zionisten, dazu, dieses Postulat, das tief unter den edlen Zielen der Chowewe Zion steht, als „ein Minimalprogramm der Zionisten für Deutschland", zu bezeichnen, ja ausdrücklich auszuführen, dass diese Richtlinien ein vom zionistischen Standpunkt annehmbares Mindestprogramm darstellen"?

„Wir haben kein Mindestprogramm, Ihr deutschen Zionisten! Wir haben einzig und allein das Basler Programm, das die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina fordert."

„Daran, Ihr zionistischen Brüder in Deutschland, habt Ihr Euch zu halten. Warum duldet Ihr den Verrat an unseren heiligen Grundsätzen durch Eure Führer? Euer offizielles Organ erzählt davon, dass es ‚manche Stimmen gab, welche es für bedenklich hielten, wenn die zionistische Vereinigung für Deutschland in eine Gesamtorganisation mit nichtzionistischen Gruppen eintritt‘."

„Warum werden diese Stimmen, Zionisten in Deutschland, nicht zum zornigen Orkan, der die hinwegfegt von den leitenden Stellen, die Euch und uns verraten?"

„Denn Verrat ist es an der zionistischen Gesamtorganisation, wenn auch nur eine einzige Gruppe das Basler Programm aufgibt. Wenn die deutschen Zionisten sich mit so bettelhaften Forderungen zufrieden geben, sie als ein ‚Mindestprogramm‘ bezeichnen, werden dann nicht beim Friedenskongress, wo unsere nationalen Forderungen in aller Reinheit vertreten werden müssen, die Feinde der jüdischen Nation, die Amalekiter, darauf hinweisen, dass ja ein grosser und wichtiger Teil der Zionisten das Postulat der deutsch-jüdischen Assimilation als ‚annehmbares Mindestprogramm‘ bezeichnet habe?"

„Wir rufen Euch auf, Zionisten in der Schweiz, dagegen Stellung zu nehmen, dass man wagt, am Vorabend der Gründung des jüdischen Gemeinwesens unser hohes Ziel durch ein schmähliches Bündnis mit der Assimilation zu entwürdigen und zu gefährden."

„Wahrlich, wir haben mehr erwartet vom Bürgermut unserer Gesinnungsgenossen in Deutschland. Wir haben auch mehr gehofft von dem Wirken eines Dr. Hantke, auf dem noch das Heldenauge

Theodor Herzls ruhte. Als unser grosser Führer uns nach Uganda führen wollte, da standen wir auf, fragten nicht, ob wir das Leben dieses grossen Mannes gefährdeten, und kämpften, bis der Weg nach Palästina wieder frei lag. Was aber heute das Mitglied des Engeren Aktionskomitees Dr. Hantke wagt, das ist schlimmer als Uganda. Das ist der Weg in die Knechtschaft, nach Mizrajim."

„Wer heute weniger fordert als die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina, der tilgt sich selbst aus den Reihen des Zionismus."

„An Euch Zionisten der Schweiz, die Ihr in einem Lande lebt, wo Ihr Eure Meinung frei und offen aussprechen könnt, ist es, mit allen Kräften dagegen zu kämpfen, dass in letzter Stunde der Zionismus verraten wird."

„Wir rufen Euch auf zum Kampfe gegen alle, die es nicht wagen, von den Rechten der jüdischen Nation zu sprechen, welche die Forderungen unseres Volkes mit allerhand schönen Worten umschreiben und in knechtischer Feigheit zittern vor unserem Verlangen.

„Ein freies jüdische Volk im freien Erez Israel".

In den ersten Jahren des Krieges erfüllte die aktivistischen Zionisten in den Ententeländern und den neutralen Staaten oft genug heiliger Zorn über die Haltung der zionistischen Führer in Deutschland. Dieses Zorngefühl ist heute nicht mehr am Platz, nur noch tiefes, inniges Mitleid mit jenen Männern, die durch Jahrzehnte in der zionistischen Bewegung wirkten, unter den ungünstigsten Umständen ihre Tätigkeit während des Krieges fortsetzen mussten, und die den Mut nicht fanden, zu rein jüdischer Gesinnung und Tat, die sich aufbäumte gegen die Verletzung der höchsten Güter der jüdischen Nation.

AUSBLICK

London, die provisorische jüdische Hauptstadt. — Aufruf „An das jüdische Volk". — Vorbereitende Massnahmen in Judäa. — Freilassung der jüdischen Kriegsgefangenen in Ägypten. — Eine deutsch-türkische Offensive. — Postulat zum Basler Programm. — Probleme der Palästinafrage. — Ein britisches Protektorat. — Frankreichs Interessen im Orient. — Die arabische Frage. — Das türkische und das deutsche Interesse. — Die Gesellschaft der Nationen. — Das jüdische Volk vor dem Friedenskongress. — Prophetische Worte Theodor Herzls. — The "Jewish Day of Independence".

Die Entscheidung über die Geschicke der Palästinawünsche des jüdischen Volkes liegt heute in London. Der praktisch allein massgebende Sitz der zionistischen Weltorganisation ist in der Metropole des britischen Reiches. Hier konzentriert sich jetzt die Kraft des werdenden jüdischen Gemeinwesens, und als heiliges Symbol hierfür ist vor kurzer Zeit das jüdische Regiment unter der Führung von Colonel *Patterson*, an seiner Seite der Führer der aktivistischen Zionisten, Leutenant *Wladimir Jabotinsky*, von London nach Palästina abgegangen. Das Regiment führt die blauweisse zionistische Fahne mit sich, mit der Aufschrift: „Eher verdorre meine Rechte, als dass ich deiner vergesse, o Jerusalem".

Die Worte in dem Aufruf „An das jüdische Volk", den die Zionistenführer Dr. *Tschlenow, Nahum Sokolow, Ch. Weizmann* an die Juden in Palästina richteten, gehen in Erfüllung:

> „Der Moment ist gekommen, da es gilt, den Grund zur nationalen Heimstätte zu legen. Ihr seid jetzt unter dem Schutze der britischen militärischen Behörden, die Euer Leben, Euer Eigentum und Eure Freiheit schützen. Erweist Euch dieses Schutzes würdig und beginnt unverzüglich das jüdisch-nationale Heim auf sicherer Grundlage zu bauen, durch und durch Hebräer, durch und durch national, vom Anfang bis zum Ende freiheitlich und demokratisch. Der Anfang möge entscheidend wirken auf alles, was später nachfolgt."

Die jüdische Kommission, welche die Besiedlung Judäas vorbereiten soll, ist unlängst von London nach Palästina abgegangen. Die zionistische Bank in Palästina ist von der britischen Regierung als die Vertreterin ihrer finanziellen Staatsinteressen bereits anerkannt. In Amerika rüstet man sich, eine Expedition von

jüdischen Ingenieuren, Technikern und Agronomen nach Palästina zu entsenden. Eine zentrale Verwaltung der jüdischen Kolonien Judäas und der jüdischen Institutionen wird binnen kurzem ihre Funktionen aufnehmen. Noch vor Friedensschluss vielleicht werden die ersten Vorbedingungen zur Aufnahme der grossen jüdischen Einwanderung speziell in Judäa geschaffen sein. Und als Zeichen, dass England durchaus der Auffassung ist, dass die Juden eine einheitliche Nation bilden, deren Angehörige auch dementsprechend behandelt werden müssen, haben die englischen Behörden in Ägypten auf Verlangen des zionistischen Komitees die kriegsgefangenen Juden freigelassen.

Man kann uns Zionisten nicht damit schrecken, dass die deutsch-türkische Offensive die englische Armee wieder aus den Bergen Judäas vertreiben könnte. Mag sein! Ein einziger Entrüstungsschrei wird dann durch die Millionen des jüdischen Volkes gehen, und vor den Grenzen der Zentralmächte und der Türkei nicht Halt machen und auch die Herzen der dortigen Juden im Innersten durchbeben.

Es entspricht freilich nicht dem innersten Wesen der jüdischen Nation, des Volkes des Buches der Bücher, mit des Schwertes Kraft auf seine Rechte in Palästina zu pochen. Aber notgedrungen wird es dann doch zeigen, dass es des Duldens müde, die Sklavenketten auch mit Gewalt zu brechen weiss. Doch sein tief innerster Wunsch ist, dass dieser Fall nicht eintreten möge, und dass der Friedenskongress ihm sein Recht zuspreche.

Die Forderung auf diesem ist unwiderruflich der Wortlaut des Basler Programms:

> „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina."

Aber dieses Postulat muss so erfüllt werden, dass dem jüdischen Volk in Palästina das Maximum an national-kultureller Selbständigkeit, verbunden mit dem Maximum an nationaler Sicherheit, garantiert wird.

Das kann nicht geschehen, indem Palästina bei der Türkei verbleibt.

Palästina wieder unter türkischer Herrschaft — dieser Zustand wäre nur möglich, wenn dieser Krieg überall mit der Wiederherstellung des status quo ante enden würde. In diesem speziellen Falle müsste das bedeuten, dass auch die Kapitulationen in Palästina wieder eingeführt werden müssten. Was hätte nun die Türkei von einem solchen Zustand, der, wie Taalat Pascha selbst zugestanden hat, für

die türkische Regierung eine Quelle ständiger Konflikte war. Vom jüdischen Standpunkt aber bedeutete das zudem den Verzicht auf die Wiedererrichtung des jüdischen Gemeinwesens. Denn wer wollte, nach dem Urteil von Franz Karl Endres über die grenzenlose Überschätzung des rein osmanischen Elementes im türkischen Volke und seinem erbitterten Hass gegenüber allem Fremden, wer wollte auch nach dem blutigen Schicksal des unglücklichen armenischen Volkes, von den Juden verlangen, dass sie ihr Geschick dem ottomanischen Reiche anvertrauen sollten. Ein Minimum an nationaler Sicherheit würden die Juden in Palästina unter türkischer Herrschaft haben und von national-kultureller Selbständigkeit, von einer auch nur halbstaatlichen Selbstverwaltung kann nach der Erklärung des türkischen Grosswesirs keine Rede sein.

Bleibt die Möglichkeit der Internationalisierung Palästinas. Die Zionisten würden dieser Lösung nur ungern zustimmen. Bei der Neuschaffung des jüdischen Gemeinwesens darf nicht vergessen werden, dass Juden aus aller Herren Länder in Palästina einziehen werden. Jeder wird gewiss mit Freuden den jüdischen Pass, auch wenn er von einer international gemischten Kommission ausgestellt ist, entgegennehmen, aber dem Intrigenspiel, und mag es sich auch nur auf handelspolitischem oder kulturellem Gebiete abspielen, mancher Staaten könnte doch Tür und Tor geöffnet sein. Welch eine Gefährdung der national-kulturellen Selbständigkeit läge hierin! Und wie wenig wäre auch die nationale Sicherheit gewährleistet, wenn täglich die Delegierten der verschiedensten Staaten über die Geschicke des palästinensischen Gemeinwesens zu beraten und zu entscheiden hätten. Durch eine solche Internationalisierung oder Neutralisierung Palästinas würde man vielleicht den Keim zu neuen Kriegen im Orient legen, anstatt dort ein Bollwerk des Friedens zu schaffen.

Auch der Gedanke, ein völlig selbständiges, gänzlich unabhängiges jüdisches Gemeinwesen, also den Judenstaat in optima forma in Palästina zu errichten, erscheint verfrüht. Und zwar fast aus denselben Gründen, aus welchen die Internationalisierung untunlich erscheint. Zwar könnte die national-kulturelle Selbständigkeit sich hier im vollsten Masse bewähren, hingegen ist es mehr als fraglich, ob auch damit das Maximum an nationaler Sicherheit gewährleistet würde. Wir zweifeln nicht einen Augenblick an der staatsbildenden Kraft des jüdischen Volkes, sie hat sich bewährt im jüdischen Gemeindeleben der Diaspora, wo unter der härtesten Bedrückung ebenso wie unter völliger,

jeder staatlichen Aufsicht baren Freiheit sich ein soziales jüdisches Zusammenleben entwickelte, und der einzelne Jude die grössten Opfer brachte, um die Gemeindeinstitutionen lebenskräftig zu erhalten. In dem Kapital der unerhört grossartigen jüdischen Wohltätigkeit steckt eine ungeheure Summe staatsbildender Kraft, die sich während der langen Zeit des Exils eben nur auf diesem Gebiete ausleben konnte. Allein ein anderes ist es, die jüdische Nation im Rahmen eines neuen Gemeinwesens auf eigenem Boden mit eigener Verwaltung und unter eigener Verantwortung wieder aufzurichten. Da bedarf es zweifellos noch auf Jahrzehnte hinaus, vielleicht auf ein Jahrhundert des Protektorates einer starken, kolonisatorisch befähigten Macht, die sich liebevoll mit den ganzen Machtmitteln ihres Reiches dem Wiedererblühen der jüdischen Nation im eigenen Lande annimmt. Ein einziger Gärtner soll den neuen jüdischen Garten in Palästina betreuen, nicht ein Kollegium von Hortikultur-Fachleuten, von denen jeder nach seinem Geschmack eine andere Gartenanlage empfehlen würde.

Das jüdische Volk will die jüdische Freiheit im jüdischen Lande. Aber man wage in der Frage des Protektorates das Plebiszit! Es wird für die Macht entscheiden, die zuerst das erlösende Wort für die Leiden der jüdischen Nation fand und ihm die Pforten der Verheissung öffnete. Tief in die Seelen der Juden gebrannt ist der Satz der russischen Zionisten von dem unerhört glücklichen Umstand, dass in diesem welthistorischen Augenblick die Interessen der jüdischen Nation identisch sind mit denen des britischen Volkes.

Im Rahmen des britischen Reichsverbandes sehen Millionen von Juden, wir wagen es zu behaupten, die Mehrheit des jüdischen Volkes, die Gewährleistung des Maximums an national-kultureller Selbständigkeit in Palästina, verbunden mit dem Maximum an nationaler Sicherheit.

Kein berechtigtes Interesse würde durch eine solche Lösung der Palästinafrage verletzt werden.

Frankreich, das Jahrhunderte hindurch das Protektorat über die Christen im Orient ausübte, in edler, humanitärer Tradition, werden seine christlichen Protektoratsrechte in Palästina auch künftig gewährleistet bleiben. Und wenn, so wie wir es hoffen, der sehnliche Wunsch der Bewohner des früheren autonomen Fürstentums Lybanon, dessen Rechte unter Bruch völkerrechtlicher Verträge von der Türkei bei Kriegseintritt vernichtet wurden, erfüllt

wird, unter dem Schutze der französischen Nation, die das Lybanongebiet schon einmal befreit hat, auch in Zukunft zu bleiben, was könnte Frankreich willkommener sein, als im Süden den Judenstaat unter dem Protektorat seines Alliierten zu wissen.

Und wie leicht wäre die arabische Frage in Palästina zu lösen unter dem Protektorate Englands, das schon jetzt Millionen arabischer Mohammedaner unter seiner Flagge vereint.

Freilich ist ja die arabische Frage nur eine solche für denjenigen, der die Prinzipien nicht kennt, unter denen das neue jüdische Gemeinwesen ins Leben treten soll. Die "Times" vom 11. Dezember sprach, wie wir schon erwähnt haben, von der neuen Ordnung in Palästina, begründet auf den Idealen des Rechtes und der Gerechtigkeit. Sie hat damit nur jenen Gedanken ausgesprochen, der das Leitmotiv der zionistischen Organisation seit der Gründung des jüdischen Nationalfonds und seiner Wirksamkeit in Palästina ist. Im Rahmen dieser neuen Ordnung, die nicht auf den Prinzipien der Ausbeutung des Schwächeren begründet sein wird, löst sich die arabische Frage von selbst. Die Araber Palästinas, die Stammesbrüder der Juden, werden mit uns zusammen den Boden bebauen, auf dem der gemeinsame Stammvater Abraham wandelte. Und unter dem ökonomischen und kulturellen Bündnis von Arabern und Juden wird der Orient zu neuer Blüte emporgeführt werden.

Kein Staat, der nicht territoriale Sonderinteressen im neuen jüdischen Gemeinwesen vertritt, kann sich der von uns verteidigten Lösung des Palästinaproblems entgegenstellen. Auch die Türkei nicht. Was könnte ihr ein Palästina frommen, das von den Juden nicht besiedelt, öde und leer wie seit Jahrhunderten bleiben würde, von ihnen aber nach den Grundsätzen Taalat Paschas kolonisiert, sich zum ständigen Revolutionsherd entwickeln müsste. Welch fruchtbare Handelsbeziehungen aber würden von dem jüdischen Gemeinwesen ausstrahlen nach dem in seinen eigentlichen historischen Grenzen aufblühenden ottomanischen Reiche, in dem sich heute noch reiche Judengemeinden befinden, die vom jüdischen Staate Palästina befruchtet, ökonomisch und kulturell ein Kraftfaktor des reorganisierten türkischen Reiches werden würden. Und die Zentralmächte! Wenn sie nicht territoriale Ansprüche auf Palästina erheben, das sie, sogar im Besitz desselben, auf die Dauer weder schützen wollten noch könnten, so werden auch sie ihre Vorteile bei einem jüdischen Palästina sogar unter britischem Protektorate finden. Ein deutsch-

jüdischer Schriftsteller, Moritz Heymann, hat das mit Scharfsinn erkannt, als er im Dezemberheft der vornehmsten literarischen Zeitschrift Deutschlands, der „Neuen Rundschau", die Meinung vertrat, dass selbst im Falle eines Gelingens des englisch-amerikanischen Planes bezüglich eines jüdischen Palästinas, die jüdische Kolonisation in Palästina für das deutsche Interesse ein Vorteil sei.

Unter einer Voraussetzung allerdings könnten alle diese politischen Erwägungen hinfällig werden. Wenn der kommende Friedensschluss wirklich unter dem Zeichen des Rechtes und der Gerechtigkeit steht, und aus ihm die Gesellschaft der Nationen hervorgeht, ist es nicht von so wesentlicher Bedeutung, unter welchen politischen Souveränitätsrechten das neue jüdische Gemeinwesen, der Judenstaat in Palästina, ins Leben tritt. In jedem Falle aber wird das jüdische Volk verlangen, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker hier so interpretiert wird, dass auch der Wille des ganzen jüdischen Volkes gehört werde, bevor über die endgültige Souveränitätsform Palästinas entschieden wird.

Noch wissen wir nicht, wann der Friede und ob ein solcher Friede zustande kommen wird. Aber das eine steht heute völlig fest, dass das jüdische Volk im künftigen Rate der Völker und zuvörderst an der Friedenskonferenz selbst Sitz und Stimme haben wird. Es brauchte dazu nicht einmal durch Abgeordnete der zionistischen Organisation vertreten zu sein. Hat doch die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika schon in der Person des Zionistenführers Oberrichter Brandeis seinen Vertreter für die Orientfragen am Friedenskongress nominiert. Und gewiss werden auch nicht die ehemaligen Botschafter in Konstantinopel, Morgenthau und Elkus, fehlen. Und welche Fülle jüdischer Staatsmänner in England, Earl Reading (Rufus Isaacs), der jetzige britische Botschafter und Oberkommissär in Washington, Herbert Samuel Montagu, und viele andere. Aber es ist doch nicht zweifelhaft, dass die Führer der zionistischen Gesamtorganisation auf der Friedenskonferenz ihre Wünsche werden vorbringen können. Dafür bürgt das Wort des mächtigen England, das zugesichert hat, die Errichtung der nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Worte des grossen *Theodor Herzl*, die wir schon einmal zitierten: „*England, das mächtige, das freie England, das mit seinem Blick die Welt umspannt, wird uns und unsere Aspirationen verstehen. Mit England als Ausgangspunkt können wir sicher sein, dass die*

zionistische Idee mächtiger und höher steigen wird als jemals zuvor“, diese prophetischen Worte wirken noch heute fort. Grossbritannien erinnerte sich an die Epoche, da es Menasse Ben Israel auf seine Insel berief, erinnerte sich an seine uralten, religiösen Traditionen, die eng verknüpft sind mit der Bibel, dieser heiligsten jüdischen Schöpfung aller Zeiten, England drückte uns den Schlüssel in die Hand, um mit den Worten des schon genannten Aufrufes „An das jüdische Volk“ zu sprechen, den Schlüssel zum sicheren Heim, „wo der jüdische Geist und der alte hebräische Genius, der solange mit müden Schwingen über fremdem Grunde schwebte, Heilung finden und sich zu neuem, reichen Leben entfalten kann“.



Die amerikanische zionistische Wochenschrift "The Maccabean" liess ihre Dezembernummer mit dem auf der vorstehenden Seite wiedergegebenen Titelblatt erscheinen, das eine Pergamentrolle zeigt, von zitternden Judenhänden aufgerollt, vor flammenden Feiertagskerzen. Und auf dem Pergament steht in grossen Lettern der Text der Magna Charta des jüdischen Volkes, sein Freiheitsbrief, ausgestellt von der britischen Regierung.

Der 2. November 1917 wird als weltgeschichtliches Datum bestehen bleiben. Er bedeutet das Ende des fast zweitausendjährigen Exils des jüdischen Volkes, zugleich aber auch die Versöhnung der jüdischen Nation mit den Völkern der Erde, ihren Eintritt in die freie Völkergemeinschaft, und spätere Geschlechter des Judenvolkes werden diesen Tag feiern, wie die Amerikaner ihren Unabhängigkeitstag, Day of Independence, festlich begehen, diesen Tag, der die Epoche einleitete, in der wir heute leben, und über welcher die Inschrift steht:

„Vor der Gründung des Judenstaates".

